

Kühn, Manfred; Sommer, Hanna

Working Paper

Periphere Zentren - Städte in peripherisierten Regionen. Theoretische Zugänge, Handlungskonzepte und eigener Forschungsansatz

Working Paper, No. 48

Provided in Cooperation with:

Leibniz Institute for Research on Society and Space (IRS)

Suggested Citation: Kühn, Manfred; Sommer, Hanna (2013) : Periphere Zentren - Städte in peripherisierten Regionen. Theoretische Zugänge, Handlungskonzepte und eigener Forschungsansatz, Working Paper, No. 48, Leibniz-Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung (IRS), Erkner,
<https://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:101:1-201304056595>

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/228578>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Manfred Kühn, Hanna Sommer

Periphere Zentren – Städte in peripherisierten Regionen

Theoretische Zugänge, Handlungskonzepte und eigener Forschungsansatz

Copyright: Dieses Working Paper der Forschungsabteilung 4 „Regenerierung von Städten“ wurde im Rahmen der Arbeiten zum Leitprojekt „Stadtpolitiken im Umgang mit Peripherisierung“ erstellt. Es ist urheberrechtlich geschützt. Sein Nachdruck oder seine Veröffentlichung ohne die ausdrückliche Genehmigung des Autors ist nicht gestattet. Textpassagen dürfen gerne unter Beachtung wissenschaftlicher Zitierregeln bei vollständiger Angabe der Quelle in folgender Weise verwendet werden:

Manfred Kühn, Hanna Sommer: Periphere Zentren – Städte in peripherisierten Regionen. Theoretische Zugänge, Handlungskonzepte und eigener Forschungsansatz. Working Paper, Erkner, Leibniz-Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung, 2013 (www.irs-net.de/download/wp-peripherezentren.pdf)

ISSN 1866-9263

Erkner, März 2013



IRS

Leibniz-Institut für
Regionalentwicklung
und Strukturplanung

Inhalt

Kurzfassung	3
1. Problemstellung: Mittelstädte in peripheren Regionen - zwischen Zentralisierung und Peripherisierung.....	5
2. Städte als Zentren von Regionen - Theoretische Zugänge	7
2.1 Christallers Theorie zentraler Orte: Städte als regionale Versorgungszentren.....	8
2.1.1 Zentralisierung von Städten.....	8
2.1.2 Peripherisierung von Städten	10
2.1.3 Kritik und Defizite.....	11
2.2 Ökonomische Wachstumspol-Theorien: Städte als regionale Entwicklungszentren	12
2.2.1 Zentralisierung von Städten.....	12
2.2.2 Peripherisierung von Städten	15
2.2.3 Kritik und Defizite.....	16
2.3 Steuerungstheorien: Governance in Stadtregionen	17
2.3.1 Theoretische Ansätze in der Governanceforschung.....	18
2.3.2 Governance in Stadtregionen	19
2.3.3 Kritik und Defizite.....	20
3. Umgang mit Peripherisierung: Handlungsansätze der Raumordnung und Kommunen.....	21
3.1 Anwendung des Zentrale-Orte-Konzeptes in der Raumordnungspolitik	21
3.1.1 Zentrale Orte in peripheren Regionen – Entwicklungsphasen des Konzeptes.....	21
3.1.2 Schrumpfung als neue Herausforderung des Zentrale-Orte-Konzeptes	23
3.2 Umgang der Kommunen mit Peripherisierung.....	24
3.2.1 Horizontale Netzwerke: Interkommunale Kooperationen	24
3.2.2 Vertikale Netzwerke: Kooperationen zu staatlichen Ebenen	26
4. Eigener Forschungsansatz.....	26
4.1 Prozesse der Peripherisierung	26
4.2 Ziele	28
4.3 Hypothesen	29
4.4 Ausblick, weiteres Vorgehen.....	30
Literatur.....	31

Kurzfassung

Das vorliegende Working Paper ist im Rahmen des Leitprojektes „Stadtpolitiken im Umgang mit Peripherisierung“ (2012-2014) der Forschungsabteilung „Regenerierung von Städten“ am IRS entstanden. Es wertet Theorien zur Rolle von Städten als Zentren peripherer Regionen auf der Basis einer Literaturlauswertung aus und leitet daraus einen eigenen Forschungsansatz für die Durchführung empirischer Fallstudien ab. Der Fokus des Working Papers liegt dabei auf Mittelstädten in peripheren Regionen. Diese Schwerpunktsetzung begründet sich dadurch, dass Mittelstädten in der Raumordnungspolitik vielfach eine wichtige funktionale Bedeutung als Ober- oder Mittelzentren und zur Stabilisierung peripherer ländlicher Regionen („Ankerstädte“, Wachstumspole“) zugeschrieben wird. Gleichzeitig weisen einige Studien jedoch auf einen Bedeutungsverlust gerade der peripher gelegenen Mittelstädte durch Bevölkerungsschrumpfung und Arbeitsplatzrückgang hin. Dies zeigt, dass eine Peripherisierung nicht nur ländliche Räume, sondern auch Städten als Zentren in peripheren Regionen betreffen kann. In der Forschung steht der Stadttyp peripherer Zentren – im Unterschied zu Metropolen, Metropolregionen und Großstädten – bisher nur wenig im Fokus der Aufmerksamkeit.

Wir verwenden dabei gleichzeitig die Begriffe „peripher“ und „peripherisiert“. „Peripher“ ist im raumordnerischen Verständnis die Lage in großstadtfernen, abgelegenen und ländlichen Gebieten. In der deutschen Raumordnungspolitik werden „periphere“ und „ländliche“ Regionen weitgehend gleichgesetzt, da Peripherien mit den Indikatoren der Erreichbarkeit von Großstadtreionen und Siedlungsdichte gemessen werden (BBSR 2012b). Großstädte können nach dieser Definition nicht peripher sein. Dagegen verwenden wir „Peripherisierung“ als einen sozialräumlichen Prozessbegriff, der offen ist für unterschiedliche Raumtypen. Peripherisierung beschreibt relationale Abstiegsprozesse von Städten und Regionen im Vergleich zu anderen Räumen. Dazu zählen die Abwanderung von Arbeitskräften und jungen Menschen, die Abkopplung von der Innovationsdynamik und von Infrastrukturnetzen sowie die Abhängigkeit von außerregionalen Entscheidungszentralen (vgl. ausführlicher: Kühn/Weck 2013; Bernt/Liebmann 2013). Der prozessuale Ansatz der Peripherisierung ermöglicht es, den Ansatz der Peripherisierung nicht nur auf ländliche Räume, sondern auch auf Städte zu beziehen und damit auch den Bedeutungsverlust von Zentren in peripheren Räumen zu untersuchen.

Ziel des Working Papers ist es, theoretische Konzepte im Hinblick auf die Erklärung von Zentralisierungs- und Peripherisierungsprozessen der Städte auszuwerten sowie Handlungsansätze der Raumordnung und der Kommunen zum Umgang damit abzuleiten. Auf dieser Grundlage wird ein Forschungsansatz entwickelt, der die Peripherisierungsdynamiken von Mittelstädten als Zentren peripherer Regionen erfasst sowie die Handlungsmöglichkeiten und –restriktionen der Akteure in diesem Kontext aufzeigt.

Das Working Paper ist wie folgt gegliedert: In Kapitel 1 wird zunächst die Problemstellung dargestellt. Um einen theoriegeleiteten Forschungsansatz zur Entwicklungsdynamik von Mittelstädten als Zentren von Regionen entwickeln und adäquate Hypothesen für empirische Fallstudien ableiten zu können, werden im Kapitel 2 ausgewählte Theorien zur Rolle von Städten als regionale Zentren und zum Umgang mit Peripherisierung in Stadtregionen ausgewertet und auf deren Verwertbarkeit geprüft. Dabei werden funktionale und handlungsorientierte Theorieansätze berücksichtigt. Zu den funktionalen Theorien zählen die in der Raumordnungspolitik bis heute bedeutsame Zentrale-Orte-Theorie von Christaller (Kapitel 2.1) und die Theorien zu regionalen Wachstumspolen (Kapitel 2.2). Bei den Handlungstheorien wird auf den Ansatz der *Regional Governance* im Kontext von Stadtregionen eingegangen (Kapitel 2.3). Kritikpunkte an den jeweiligen Konzepten sowie Defizite für die Verwendung im Hinblick auf die Analyse von peripheren Zentren werden dabei jeweils explizit herausgearbeitet. In Kapitel 3 wird der Umgang mit Peripherisierung durch die Raumordnungspolitik und die Kommunen skizziert. In Kapitel 4 wird schließlich ein eigener Forschungsansatz dargestellt. In diesem Rahmen werden einzelne Prozesse der Peripherisierung unterschieden, Hypothesen für die Durchführung von Fallstudien formuliert und die Auswahl von empirischen Fallstudien begründet.

1. Problemstellung: Mittelstädte in peripheren Regionen - zwischen Zentralisierung und Peripherisierung

Die bisherige Forschung über Peripherien (Heintel 1998) und Peripherisierung (Keim 2006, Vonderach 2006, Beetz 2008) in Deutschland bezieht sich fast ausschließlich auf ländliche Räume. Am Beispiel peripherer ländlicher Räume werden vielfach die Probleme der demografischen Alterung und Schrumpfung, der Abwanderung sowie wirtschaftlichen Struktur-schwäche beschrieben (Küpper 2011, ARL 2008). Teilweise werden periphere ländliche Räume als „Regionen in der Abwärtsspirale“ (Dehne 2008) dargestellt. Nur wenige Forschungsansätze beschäftigen sich bisher mit der Rolle von Mittel- und Großstädten in peripheren Regionen und deren spezifischen Funktionen als „periphere Zentren“. Zu den wenigen konzeptionellen Ansätzen gehören:

- Der Ansatz der *Regiopole* (Aring/Reuther 2008) versteht sich als eine Ergänzung zu den in der internationalen bzw. europäischen Liga agierenden Metropolregionen. In einer Arbeitsdefinition werden Regiopolen als kleinere Großstädte mit mindestens 100.000 Einwohnern in größerer Distanz zu den Kernen einer Metropolregion bestimmt. Die regionale Funktion von Regiopolen wird beschrieben „als Vermögen oder Haltung einer Stadt, sich als regionaler Entwicklungsmotor zu verstehen. Zugleich muss die zugehörige Region diese Rolle akzeptieren und stützen“ (ebda: 23). Im bundesdeutschen Städtesystem werden Regiopolen „zwischen Metropolregionen und Peripherien“ (ebda: 8) verortet. Mittelstädte in peripheren Regionen werden damit definitionsgemäß nicht erfasst.
- Eine Studie zu *Wachstumsmotoren außerhalb der Metropolen* geht davon aus, dass „Ober- und Mittelzentren zusammen mit ihrem Umland die Funktion als Entwicklungspole für den Raum übernehmen und ihn somit zum Wachstumsmotor entwickeln können“ (Troeger-Weiss et al. 2008: 58). Im Hinblick auf die demographischen Schrumpfungsprozesse werden Mittelstädte in peripheren Regionen auch als „Ankerpunkte“ (ebda.) bezeichnet.
- Im Kontext der Diskussion um den demografischen Wandel wird in den Planungswissenschaften die rückläufige Tragfähigkeit von Infrastrukturen der öffentlichen Daseinsvorsorge in dünn besiedelten ländlichen Räumen thematisiert. Daraus wird die Notwendigkeit einer Anpassung und Weiterentwicklung des *Zentrale-Orte-Systems* der Landes- und Regionalplanung abgeleitet (Hahne 2005; ARL 2008; BMVBS 2010). Anpassungsstrategien sehen in einigen Bundesländern die Straffung hierarchischer Ebenen, die Reduzierung der Anzahl Zentraler Orte sowie die Herabstufung von einzelnen Zentren vor (Dehne/Kaether 2007, Gawron 2008). Um die Daseinsvorsorge in schrumpfenden Regionen zu sichern, weist die Landes- und Regionalplanung bisher besonders in den neuen Bundesländern Stadt-Umland-Kooperationsräume und Zentrale Orte in Funktionsteilung aus (Greiving et al. 2008).

Durch die Raumforschung und Raumordnungspolitik werden Mittelstädten vielfältige Funktionen zur Stabilisierung peripher gelegener, ländlicher Räume zugeschrieben. Neben der klassisch planerischen Zuschreibung als „Mittel- und Oberzentren“ werden dafür zunehmend Begriffe wie „Ankerstädte“, „Wachstumspole“ und „Entwicklungsmotoren“ verwendet – so im aktuellen Raumordnungsbericht (BBSR 2012a). Während diese Begriffe normativ von einer Zentralisierung der Mittelstädte in peripheren Regionen ausgehen, stellen einzelne empirische Studien jedoch eine Schwächung der Zentrumsfunktionen von Mittelstädten in peripheren Regionen fest:

- Eine Studie zu Peripherisierungsprozessen im Land Brandenburg stellt anhand der quantitative Analyse der Wanderungs- und Beschäftigtenentwicklung im Zeitraum 2003 bis 2005 fest: „Offenbar erodiert die Peripherisierung in besonderem Maße auch Zentrumsfunktionen von Städten in Berlin fernen Gebieten. Hier ist die Entzentralisierung der Zentren wesentliches Peripherisierungsmerkmal“ (Ferchland 2007: 355).
- Eine Studie zur Städtebauförderung in ländlichen Räumen weist nach, dass insbesondere die Mittel- und Oberzentren in peripheren Räumen überdurchschnittlich von Bevölkerungsschrumpfung und Beschäftigungsverlusten betroffen sind. „Der Bedeutungsverlust der peripheren Zentren schwächt die ländlichsten Räume zusätzlich, indem die Ankerpunkte der Daseinsvorsorge unterhöhlt werden“ (Karsten/Hesse 2011: 22).
- Eine neue quantitative Studie zu Klein- und Mittelstädten in Deutschland weist einen Zusammenhang zwischen peripherer Lage und Bevölkerungsschrumpfung im langfristigen Zeitraum 1955 bis 2010 nach: Je peripherer die Lage, desto stärker schrumpft die Bevölkerung (BBSR 2012b: 60). Ein Vergleich zwischen Klein- und Mittelstädten und Umlandgemeinden zeigt, dass sich in peripheren und sehr peripheren Räumen Bevölkerung und Beschäftigung in Kleinstädten stark unterdurchschnittlich und in kleinen Mittelstädten eher unterdurchschnittlich entwickeln, während größere Mittelstädte deutlich positiver abschneiden als ihr Umland (ebda: S. 64).

Damit besteht eine deutliche Diskrepanz zwischen der normativen Zuschreibung stabilisierender Zentrums-Funktionen von Klein- und Mittelstädten in peripheren Regionen durch die Politik und einzelnen empirischen Befunden, die teilweise auf eine Peripherisierung dieser Städte hindeuten.

Zur Erklärung der gleichzeitigen Verwendung der Begriffe „peripher“ und „peripherisiert“: „Peripher“ ist im raumordnerischen Verständnis die Lage in großstadtfernen, abgelegenen und dünn besiedelten Gebieten. In der deutschen Raumordnungspolitik werden „periphere“ und „ländliche“ Regionen weitgehend gleichgesetzt, da Peripherien mit den Indikatoren der Erreichbarkeit von Großstadtreionen und Siedlungsdichte gemessen werden. (BBSR 2012a). Großstädte können nach dieser Definition nicht „peripher“ sein. Dagegen verwenden wir „Peripherisierung“ als einen sozialräumlichen und relationalen Prozessbegriff. Dieser beschreibt mehrdimensionale Abstiegsprozesse von Städten und Regionen im Verhältnis zu anderen Räumen (vgl. Kap. 4.1). „Peripher“ wird im Folgenden also als räumliche Lage ab-

seits von Großstadtregionen (Zustand), „peripherisiert“ als eine sozialräumliche Relation (Prozess) verwendet.

Das vorliegende Working Paper will theoretisch-konzeptionelle Grundlagen dafür liefern, um Peripherisierungsprozesse nicht nur in Bezug auf ländliche Räume, sondern auch Städte in peripheren Regionen sowie den Umgang der Raumordnungspolitik und der Kommunen damit zu untersuchen. Dazu werden zunächst zwei funktionale Theorieansätze und dann ein handlungsorientierter Ansatz ausgewertet.

2. Städte als Zentren von Regionen - Theoretische Zugänge

Im Hinblick auf die Rolle von Mittelstädten als Zentren in peripheren Regionen werden in der Fachliteratur zwei funktionale Zentralitätskonzepte unterschieden (Blotevogel 2002):

- die Zentralität der *infrastrukturellen Versorgung* peripherer Regionen. Dazu zählen öffentliche und private Dienstleistungen wie Verkehrsanschluss/ÖPNV, Bildung, Einzelhandel, Gesundheit, Kultur/Freizeit/Sport, die auch unter dem Schlagwort der Sicherung der „Daseinsvorsorge“ in peripheren Regionen gefasst werden. Eine wesentliche konzeptionelle Grundlage dafür liefert die Theorie Zentraler Orte (Christaller 1933).
- die Zentralität der *wirtschaftlichen Entwicklung* peripherer Regionen. Dazu zählen Entwicklungsimpulse durch Wirtschaftswachstum sowie sozioökonomische Arbeitsmarkt- bzw. Beschäftigungseffekte auf der Basis von Innovationen der Unternehmen. Dafür liefern die regionalökonomischen bzw. wirtschaftsgeographischen Ansätze der „Wachstumspole“ (Boudeville 1966, Lasuén 1969) wichtige konzeptionelle Grundlagen.

Gemäß dieser grundlegenden Unterscheidung wird zunächst die Zentrale-Orte-Theorie zu Städten als regionale Versorgungszentren dargestellt (Kapitel 2.1.) und dann auf Theorien zu Städten als wirtschaftlichen Entwicklungszentren eingegangen (Kapitel 2.2.). Die folgende Literaturlauswertung hat nicht den Anspruch, die behandelten Theorien vollständig und umfassend wieder zugeben, sondern erfolgt im Forschungskontext gezielt im Hinblick auf drei Fragen:

- wie beschreiben und erklären die Theorien Prozesse der *Zentralisierung* von Städten innerhalb von Regionen?
- inwieweit werden Prozesse der *Peripherisierung* von Städten als regionale Zentren beschrieben und erklärt?
- welche konzeptionellen *Defizite* weisen diese Theorien für einen Erklärungsansatz der Peripherisierung städtischer Zentren auf?

2.1 Christallers Theorie zentraler Orte: Städte als regionale Versorgungszentren

Im Folgenden wird auf die klassische Theorie zentraler Orte von Walter Christaller eingegangen, die sich auf die Versorgungsfunktionen von Städten mit Gütern und Dienstleistungen bezieht. Obwohl diese Theorie bereits aus den 1930er Jahren stammt, bildet sie bis heute eine wichtige konzeptionelle Grundlage für die planerische Ausweisung von Ober-, Mittel- und Unterzentren in der deutschen Raumordnungspolitik. In der normativen Anwendung des Zentrale-Orte-Konzeptes wurde die Theorie nach und nach sogar auf ökonomische Entwicklungsfunktionen von Städten erweitert. So weist Blotevogel darauf hin, dass in der Raumordnung bei der Definition von Zentren die Versorgungs- und Entwicklungs-Funktionen zunehmend vermischt werden. Die Ausweisung von Ober-, Mittel- und Unterzentren bekomme dadurch einen landesplanerischen „Allzweckcharakter“ und „verwässere“ die Christaller-sche Theorie (Blotevogel 1995:1123). Insofern erscheint es gerechtfertigt, zur Beantwortung der Leitfragen in Bezug auf die regionalen Versorgungsfunktionen von Städten die Theorie von Christaller im Original erneut auszuwerten.

2.1.1 Zentralisierung von Städten

Die wirtschaftsgeographische Theorie zentraler Orte von Walter Christaller versucht die Entstehung und Verteilung von Städten durch ihre Zentrenfunktionen zu erklären (Christaller 1933). Diese Theorie wurde auf dem Stand der 1930er Jahre mit einem geographischen Bezug auf Süddeutschland entwickelt. Sie beruht auf neoklassischen Positionen und geht von einer ganzen Reihe vereinfachender Prämissen aus. Eine dieser Prämissen ist, dass es ein Hauptmerkmal von Städten ist, „Mittelpunkt eines Gebietes zu sein“ (ebda: 23). Die Theorie ist dabei nicht siedlungsgeographisch, sondern funktional angelegt. Sie definiert die zentralen Dienstleistungs-Funktionen, die Städte für ihr Umland haben. Christaller bestimmt die Zentralität eines Ortes nach dem „Bedeutungsüberschuss“ (ebda: 26) für das umgebende Gebiet. Ein Bedeutungsüberschuss entsteht durch die Versorgung eines Gebietes mit „zentralen Gütern und Diensten“ – dazu zählt er vor allem den Handel, aber auch Banken, Handwerker, staatliche Verwaltung, Kirchen, Schulen, Theater, Verkehrswesen und Krankenhäuser (ebda: 29). Die Zentralität einer Stadt begründet sich nach dieser Theorie also durch einen Überschuss an Versorgungsleistungen für das Umland – wobei öffentliche und private Angebote nicht weiter unterschieden werden. Je größer die Anzahl und Reichweite von Gütern und Dienstleistungen in einer Stadt ist, desto höher ist ihre Zentralität und desto größer ist ihr Einzugsgebiet. Ein Ergänzungsgebiet ist „jenes Gebiet, in dem ein Bedeutungsdefizit vorliegt, das durch den Bedeutungsüberschuss des zentralen Ortes ausgeglichen wird, so dass das Gebiet und der zentrale Ort zusammengenommen eine Ganzheit ausmachen.“ (ebda: 31). Dem Stadtumland wird dabei als „Ergänzungsgebiet“ die funktionale Rolle einer Peripherie zugeschrieben, die „Bedeutungsdefizite“ aufweist (ohne dass der Begriff Peripherie dafür verwendet würde).

Christallers Theorie bleibt nicht auf der räumlichen Maßstabsebene einer einzelnen Stadtregion stehen, sondern konstruiert auch ein *System zentraler Orte* (ebda: 63 ff.). Das System zentraler Orte beschreibt die Verteilung und Hierarchie von Zentren innerhalb eines Nationalstaates. Dabei unterscheidet er Zentrale Orte „höherer Ordnung“ und „niederer Ordnung“ auf verschiedenen Stufen. Ein hierarchisches System zentraler Orte entsteht, weil die zentralen Orte „höherer Ordnung“ auch die Güter der „niederer Ordnung“ anbieten (ebda: 28). In der Theorie wird das Zentrale-Orte-System durch drei verschiedene Prinzipien bestimmt: dem Versorgungs-, dem Verkehrs- und dem Absonderungsprinzip:

- das „Versorgungsprinzip“ wird durch die Reichweite der zentralen Güter definiert (Marktfunktionen zentrale Orte). Christaller unterscheidet dabei Güter „höherer und niederer Ordnung“ nach der räumlichen Reichweite der Nachfrage aus dem Umland. Dabei steigt die Zentralität mit der Anzahl, Dichte und Reichweite den angebotenen Güter und Dienstleistungen, durch die das Umland versorgt wird. Die Größe der Bevölkerung, die Höhe der Preise und die Höhe der Einkommen steigern dabei die Bedeutung einer Stadt als Markt- und Versorgungszentrum. Christaller weist auch drauf hin, dass die Zentralität einer Stadt durch Faktoren wie steigende Grundstückspreise oder die Konkurrenz mit benachbarten Städten begrenzt wird (ebda: 62).
- das „Verkehrsprinzip“ bezieht sich auf die Verkehrsfunktionen zentraler Orte. Dabei unterscheidet Christaller den Eisenbahn- und Autoverkehr (der Flugverkehr und die heute zentrenbildende Wirkung von Flughäfen spielte damals noch keine große Rolle). Während der Eisenbahnverkehr zu einer Zentralisation entlang der Verkehrslinien geführt habe, indem große Zentren bevorzugt wurden, wirke der Autoverkehr dezentralisierend und führe zu einer Auflösung und Auflockerung der Städte (ebda: 106 ff.). In der Hierarchie von Zentralen Orten unterscheidet Christaller weiterhin den Fernverkehr und den Nahverkehr. Nach der Theorie begünstigt der Fernverkehr die Zentralität von höheren Zentren und benachteiligt mittlere und untere Zentren, da die Ferneisenbahnen in erster Linie die großen Städte des Welthandels verbinden (ebda: 114/115).
- Das „Absonderungsprinzip“ bezieht sich auf die politisch-administrativen Ebenen und Grenzen eines Staates. Im Hinblick auf die Hierarchie zentraler Orte betont die Theorie die konkurrenzlosen Funktionen der „Landes-, Provinz- und Kreishauptstädte“ (ebda: 44). Dabei geht Christaller von der Idealvorstellung aus, dass die Hauptstädte im geographischen Mittelpunkt eines Territoriums liegen, während die Grenzümgebungen durch dünn besiedelte Gebiete oder natürlichen Grenzen und Schranken gekennzeichnet seien (ebda: 82).

Diese drei Prinzipien sind nach Christaller konkurrierend und bestimmen in ihrem Zusammenwirken die Zentralität von Orten. Als Erklärungsansätze der Theorie zentraler Orte für die Zentralisierung von Städten im regionalen Kontext lassen sich folgende Faktoren zusammenfassen:

- die Zentralität einer Stadt wird durch ihre regionalen *Versorgungsfunktionen* für das Umland als Marktort von Gütern und Dienstleistungen erhöht.

- Die Zentralität einer Stadt wird durch ihre *Verkehrsfunktionen* und den Anschluss an ein Verkehrsnetz erhöht. Der Anschluss an den Fernverkehr stärkt dabei vor allem die Zentralität von höheren Zentren.
- Die Zentralität einer Stadt wird durch *politische Verwaltungsfunktionen* auf den hierarchischen Ebenen des Staates (Kreisstädte, Landeshauptstädte, Bundeshauptstadt) erhöht.

2.1.2 Peripherisierung von Städten

Die Möglichkeit einer Peripherisierung von Städten wird in der Zentrale Orte-Theorie punktuell berücksichtigt, ohne dass dafür ein zusammenhängender Erklärungsansatz konstruiert wird. In einem eigenen, weniger rezipierten Kapitel zu „Vorgängen der Dynamik“ (ebda: 86 ff.) stellt Christaller dar, wie sich beispielsweise durch neue Verkehrsbeziehungen, neue Güter, technische Fortschritte oder politische Grenzziehungen Zentralitätsfunktionen räumlich verlagern oder niedergehen. Der Niedergang von Zentren reicht dabei bis zur Möglichkeit des „Absterbens“ (ebda: 19). Als Erklärungsansatz für die Peripherisierung von Städten als Zentren lassen sich in der Zentrale Orte-Theorie wiederum die Versorgungs-, Verkehrs- und Verwaltungsfunktionen unterscheiden:

- eine „Abnahme der Bedeutung des zentralen Orts“ (ebda: 90) entsteht durch *rückläufige Versorgungsfunktionen* aufgrund einer rückläufigen Bevölkerungsentwicklung eines Gebietes. Christaller geht davon aus, dass demografische Schrumpfungsprozesse in einer Region auf den untersten Stufen zentraler Orte zu einem „Aussterben“ führen, während die mittleren und oberen Stufen davon nicht betroffen seien oder sogar gestärkt würden. „Bei genereller Abnahme der Bevölkerung eines Gebietes sterben die ohnehin schwächeren hilfszentralen Orte aus, die Bedeutung der übrigen zentralen Orte nimmt nicht im gleichen Verhältnis wie die Bevölkerung ab, sondern in geringerem, sie kann sogar unter Umständen sogar eine Steigerung erfahren, eben durch Aufnahme der Nachfrage nach zentralen Gütern, die nach Aufhören des hilfszentralen Orts frei wird.“ (ebda: 90 f.).
- eine rückläufige *Verkehrsfunktion* von zentralen Orten kann nach der Theorie durch einen rückläufigen Handel oder durch neue Verkehrssysteme entstehen, die zur Verarmung einer Region führen. Christaller: „Das Netz der Verkehrslinien verliert an Bedeutung (Verringerung des Handels, oder Ersatz des Eisenbahn- durch Kraftwagenverkehr), gleichzeitig tritt vielleicht eine gewisse Verarmung ein, so dass weniger zentrale Güter gekauft werden können und eine Reihe von zentralen Orten, die bisher in den Versorgungsprozeß eingereiht waren, ausfallen müssen.“ (ebda: 115/116).
- eine *rückläufige Verwaltungsfunktion* von zentralen Orten kann nach Christaller durch „Zusammenfassung mehrerer Territorien in einem großen Staat“ entstehen und dazu führen, dass zentrale Orte „stehen bleiben oder gar in ihrer Entwicklung zurückgehen.“ (ebda: 117). Damit spricht Christaller die Auswirkungen staatlicher Gebietsreformen an, die z.B. bei einer Vergrößerung von Landkreisen zum Verlust des Status als Kreisstadt führen kann.

Zusammenfassend liefert die Theorie zentraler Orte einige punktuelle Erklärungsansätze für die Peripherisierung von Städten und ihrem Bedeutungsverlust als Zentren von Regionen. Die Möglichkeit einer rückläufigen Entwicklung der Bevölkerung, des Markthandels, des Verkehrs oder der Verwaltung wird dabei – im Unterschied zu vielen ökonomischen Wachstumstheorien – durchaus berücksichtigt. Jedoch geht Christaller unter der Bedingung von regionalen Schrumpfungsprozessen normativ von einer Stärkung höherstufiger städtischer Zentren aus. Eine Peripherisierung von Ober- oder Mittelzentren im Sinne einer „Entzentralisierung“ in der Region liegt daher außerhalb seiner Vorstellungskraft.

2.1.3 Kritik und Defizite

Die Theorie zentraler Orte hat den Anstoß zu einer Vielzahl von empirischen und theoretischen Untersuchungen in den Nachkriegsjahrzehnten gegeben, aber auch Kritik hervorgerufen. Konzeptionelle Ausdifferenzierungen des Werkes von Christaller stellten insbesondere die Theorie der Marktnetze von Lösch (1944) und die Raumwirtschaftstheorie von v. Böventer (1979) dar. Jüngere Forschungen zur Zentralität von Städten bzw. Standorten verfolgen häufig spezielle Einzelaspekte (wie z.B. zur Einzelhandelszentralität) ohne den Anspruch, Stadtentwicklungsdynamiken umfassend zu erklären.

Die Kritik an der Theorie zentraler Orte richtete sich vor allem auf die Realitätsferne einer ganzen Reihe modellhafter und normativer Vorannahmen (vgl. ausführlicher: Blotevogel 2002; 2005). Weitere Kritikpunkte richteten sich auf die fehlende Berücksichtigung von Agglomerationsvorteilen, so dass die Entstehung von polyzentrischen Ballungsräumen wie z.B. dem Ruhrgebiet nicht erklärt werden können (Schätzl 1993). Auch die Suburbanisierungsprozesse in Stadtregionen und die funktionale Spezialisierung von zentralen Orten durch die Bildung von polyzentrischen Städtenetzwerken lassen sich damit nicht erklären.

Da die Zentrale-Orte-Theorie bereits in den 1930er Jahren geschrieben wurde, konnte Christaller tiefgreifende Zentralisierungsprozesse der Nachkriegszeit nicht berücksichtigen. So ist die Theorie noch auf einen nationalstaatlichen Kontext begrenzt und berücksichtigt nicht die zunehmende Globalisierung der Wirtschaft und Gesellschaft. Erst seit Mitte der 1990er Jahre erfolgte eine innovative Neukonzeption der Zentrale-Orte-Theorie durch die Einführung von Metropolen bzw. Metropolregionen. Damit wurde eine neue Kategorie Zentraler Orte oberhalb der Oberzentren auf der internationalen Maßstabsebene kreiert (Blotevogel 2005). Metropolen beziehen sich auf die Größenklasse von Weltstädten („*global cities*“) oder zumindest international agierenden Großstädten. Zur Bestimmung von Metropolen haben sich dabei drei zentralörtliche Funktionen durchgesetzt: a) Entscheidungs- und Kontrollfunktionen, b) Innovations- und Wettbewerbfunktionen und c) Gateway-Funktionen (Blotevogel 2005). Neben den ökonomischen und infrastrukturellen Zentrenfunktionen betont dieser Ansatz auch die politischen Zentrenfunktionen von Städten durch Machtaspekte („Entscheidungs- und Kontrollfunktionen“). Dagegen ist die Theorie von Christaller stark auf die regionalen Versorgungsfunktionen von Städten mit Gütern und Dienstleistungen verengt.

Im Hinblick auf eine Erklärung der Peripherisierungsprozesse von Städten als regionale Zentren ist es ein weiteres Defizit der Theorie zentraler Orte, dass sie nicht die Abstiegsprozesse größerer Städte auf einer höheren Hierarchiestufe berücksichtigt, die in der Raumordnung als Mittel- oder Oberzentren ausgewiesen sind. In den 1930er Jahren waren Prozesse der Deindustrialisierung und Suburbanisierung, die in Deutschland seit der Nachkriegszeit an Bedeutung gewonnen haben, noch nicht relevant. Auf dem heutigen Stand der Forschung ist bekannt, dass vor allem ehemalige Industriestädte von Abwanderungen, wirtschaftlichen Strukturschwächen und Arbeitslosigkeit relativ stärker betroffen sein können als die benachbarten Umlandgemeinden. Diese „Entzentralisierung“ von höheren Zentren lässt sich mit der primär auf Versorgungsfunktionen bezogenen Theorie von Christaller nicht erklären. Dies verweist darauf, dass seiner Standorttheorie eine wichtige konzeptionelle Erklärungsgrundlage fehlt: die ökonomische Entwicklung von Städten als Wachstumszentren.

2.2 Ökonomische Wachstumspol-Theorien: Städte als regionale Entwicklungszentren

2.2.1 Zentralisierung von Städten

Ausgangspunkt von regionalökonomischen und wirtschaftsgeografischen Theorien über Städte als Wachstumszentren ist die Annahme, dass historische Zufälle eine Verdichtung und erhöhte Aktivität an einem Standort provozierten. Dies kann sich durch günstige natürliche Bedingungen für wirtschaftliche Aktivität (z.B. Rohstofflagerstätten, Flusslage) ergeben, durch politische Entscheidungen zugunsten der räumlichen Lage (z.B. Stadtgründung, Ausbau zum Regierungssitz) oder durch unternehmerische Aktivitäten, etwa die persönliche Bindung von Unternehmerpersönlichkeiten an eine Region. Davon ausgehend bildet sich ein Zentrum, von dem aus Ausbreitungs- und Entzugseffekte in und aus der Region wirken (Kulke 2004: 240, Schätzl 1992).

Agglomerationsvorteile sind das Ergebnis der Verdichtung ökonomischer Aktivitäten an Standorten. Dabei kann zwischen Urbanisierungsvorteilen und Lokalisationsvorteilen unterschieden werden. Erstere ergeben sich durch ein städtisches Umfeld, das die räumliche Nähe zu politischen Entscheidungsträgern, Nachfragern oder Infrastruktureinrichtungen eröffnet. Letztere sind das Ergebnis der Konzentration einer kritischen Masse an Akteuren und Unternehmen in Kombination mit einer hohen Spezialisierung von Unternehmen und intermediären Akteuren auf wenige und häufig fachlich eng verknüpfte Branchen, die es ermöglichen, Austauschbeziehungen untereinander effizient zu gestalten (vgl. Kulke 2004).

Zentren in peripherisierten Regionen sind in diesem Kontext Städte, die in der Vergangenheit einmal durch historisch günstige Bedingungen entstanden und gewachsen sind, deren Entwicklungsbedingungen sich jedoch im Lauf der Geschichte deutlich verändert haben. Was einst begünstigend auf deren wirtschaftliche Entwicklung wirkte, fiel als Folge von Strukturkrisen weg oder wurde im Zuge eines Strukturwandels unbedeutend. Dementsprechend sind

Zentren in peripherisierten Regionen durch einen Verlust von Agglomerationsvorteilen in der Vergangenheit gekennzeichnet.

Wichtige konzeptionelle Grundlagen, um den Verlust von Agglomerationsvorteilen peripherisierter Städte und Regionen nachzuvollziehen bzw. zu erklären, liefern regionalökonomische bzw. wirtschaftsgeographische Polarisationskonzepte. Sie gehören einer Theorieschule an, die geeignet ist, derartige Prozesse zumindest in Ansätzen zu erklären. Sie wurden von Volkswirten bzw. Nationalökonomern entwickelt, denen allerdings die regionale Wirtschaftsentwicklung - im Sinne subnationaler Raumeinheiten - nicht das primäre Anliegen war. Ihr Ausgangspunkt ist die Kritik an der neoklassischen Gleichgewichtstheorie und damit die Beobachtung, dass sich räumliche Disparitäten in der Realität meist nicht selbständig ausgleichen, wie dies in neoklassischen Theorien erwartet wird. Nicht ein ausgeglichenes Raumsystem ist die Grundlage der Polarisationsansätze, sondern sich zirkulär-kumulativ verstärkende Disparitäten. Sie betonen *interregionale* Unterschiede interner Wachstumsdeterminanten (z.B. Ausstattung mit Produktionsfaktoren, Regional- und Sektoralstruktur), die Immobilität der Wachstumsdeterminanten, die interregionale Abhängigkeit regionaler Wachstumsprozesse - Peripherien sind von Zentren abhängig - sowie oligopolistische und monopolistische Marktstrukturen. In Polarisationsansätzen wird vorausgesetzt, dass auftretende Ungleichgewichte zwischen Regionen einen zirkulär verursachten kumulativen Entwicklungsprozess in Gang setzen, der Ungleichgewichte weiter verstärkt und regionale bzw. sektorale Polarisation hervorruft (vgl. Schätzl 1992).

Ausgehend von den Theorien Schumpeters, entwickelte *Perroux* die sektorale Polarisations- theorie zur Theorie der *sektoralen Wachstumspole* weiter (Perroux 1964). Darin versucht er, die Entstehung sektoralen Wachstums und die Ausbreitung von Wachstumspolen in einem abstrakten ökonomischen Raum zu erklären. Kernaussage des Ansatzes ist, dass wirtschaftliches Wachstum sektoral ungleichgewichtig verläuft. Zentral ist dabei der Begriff der Innovation. Innovationen setzen nach Perroux Wirtschaftsentwicklungen in Wellenform in Gang. Sie sind von Nettoinvestitionen und der Bildung neuer führender Branchen begleitet, die er als „motorische Einheiten“ bezeichnet. Motorische Einheiten entsprechen sektoralen Wachstumspolen und sind Unternehmen, nicht-institutionalisierten oder institutionalisierten Gruppen von Unternehmen gleichzusetzen. Dabei werden v.a. Unternehmen des sekundären Sektors als Entwicklungsträger angesehen. Strategisch wichtig ist zudem die Verflechtung mit anderen Wirtschaftsbereichen. Die dominierenden motorischen Einheiten üben auf abhängige Wirtschaftsbereiche Anstoß- und Bremseffekte aus, die deren Wirtschaftswachstum positiv oder negativ beeinflussen.

Das Konzept der sektoralen Wachstumspole wurde von Boudeville (1966) und Lasuén (1969) zu *sektoralen bzw. regionalen Wachstumspolen* weiterentwickelt.

Boudeville (1966) beschäftigte sich mit der regionalen Ausbreitung von Wachstumsimpulsen und bezog damit als erster den physischen Raum in Polarisationsansätze mit ein. Boudeville projiziert sektorale Polarisierungseffekte auf den Raum und zieht hierfür Standorttheorien

von Christaller (1933) und Lösch (1944) hinzu. Er nimmt an, dass sektorale Polarisierung gleichzeitig zu regionaler Polarisierung führt. Miteinander eng verflochtene Wirtschaftseinheiten führen aufgrund von Lokalisationsvorteilen und räumlicher Konzentration zur Bildung sektoral-regionaler Pole. Dabei sind sogenannte „*pôles de développement*“ Städte, die industriell geprägte Agglomerationen vereinen und im Zentrum einer polarisierten Region liegen. Sie übertragen Wachstumsimpulse auf Siedlungen niedrigerer Ordnung, sog. „*poles de croissance*“. Die Abgrenzung polarisierter Regionen erfolgt nach zentralörtlichen Kriterien.

Am umfassendsten erweitert und vertieft wurde das Perroux'sche Wachstumspolkonzept durch Lasuén (1969). Er betont den Zusammenhang zwischen Wirtschaftswachstum und Urbanisierung und stellt die Entwicklung dynamischer räumlicher Systeme von Wachstumspolen heraus. Auch Lasuén integriert Elemente der Zentrale-Orte-Theorie und des Zentrum-Peripherie-Modells in die Wachstumspoltheorie. Er nimmt an, dass sich regionale und sektorale Wachstumspole mit einer regionalen Exportaktivität um eine Schlüsselindustrie herausbilden. Die Entwicklung der Wachstumspole ist abhängig von Impulsen, die die nationale Nachfrage verursacht. Die Impulse werden durch regionale Exportaktivitäten weitergegeben und verteilen sich entsprechend deren Wettbewerbsfähigkeit auf die Pole. Von den Polen ausgehend wird das Wachstum auf die sektorale Peripherie übertragen. Auch bei Lasuén sind Innovationen entscheidend bei der Entstehung von Wachstumspolen. Durch eine Kombination der sektoralen Polarisierungstheorie mit Elementen aus den Standorttheorien und verschiedener regionaler Wachstums- und Entwicklungstheorien schafft Lasuén einen Ansatz, der als Grundlage für eine allgemeine Theorie langfristigen Wirtschaftswachstums dienen könnte.

Jüngere theoretische Ansätze versuchen nicht wie die Polarisationsansätze, einen Gegenentwurf zur neoklassischen Gleichgewichtstheorie zu entwickeln, sondern beide Theoriepole, die neoklassischen Theorien mit den Polarisationsansätzen, zu verknüpfen. Die *neue Wachstumstheorie* (Krugman 1991) ist bemüht, auf der Grundlage der neoklassischen Wachstumstheorie endogenes Wachstum zu erklären. Wachstumsraten werden dabei ohne Einbezug exogener Faktoren erklärt. Dabei werden polarisationstheoretische Ansätze in das neoklassische Instrumentarium (Wachstum beruht auf Arbeit, Kapital und technischem Fortschritt) integriert.

Auch Forschungen der jüngeren Zeit zur Genese von Wissensgesellschaften in peripheren Räumen außerhalb von Metropolräumen und Entwicklungskorridoren in ländlichen Zwischenzonen erscheinen im Hinblick auf Entwicklungen peripherer Zentren in Deutschland relevant (Dybe 2003; Stein/ Kujath 2012). Peripheren Räumen werden dort massive gesellschaftliche Defizite zugeschrieben. In Einzelfällen resultieren dort aus Disparitäten zu den Zentren der Wissensgesellschaft schwer überbrückbare räumliche Polarisierungen (Stein/Kujath 2012). Wissensgesellschaftlich periphere Räume zeichnen sich durch eine schwache privatwirtschaftliche Basis in Ostdeutschland und schlechte Bildungsindikatoren in Westdeutschland aus. Trotzdem sind diese Lagenachteile in vielen Fällen mit technischen

und ökonomischen Indikatoren aus den Feldern Tourismus, Gesundheitswirtschaft oder Landwirtschaft verknüpft und damit zumindest Ansätze einer Wissensgesellschaft vorhanden. Durch Vernetzungen mit Wissenschafts- und Dienstleistungsstandorten in der Region können so theoretisch auch wissenschaftlich periphere Zentren wissensökonomische Stärken und einen Anschluss an die Wissensgesellschaft erreichen (ebda: 158).

2.2.2 Peripherisierung von Städten

Die regionalökonomischen und wirtschaftsgeografischen Theorien zu Entwicklungszentren beziehen sich fast ausschließlich auf die Erklärung von *Wachstums*prozessen von Städten und Agglomerationen. Aussagen zur negativen regionalen Wirtschaftsentwicklung sind nur in den Polarisierungstheorien zu finden, welche sich jedoch nicht auf die innerregionale, sondern auf die interregionale Maßstabsebene beziehen. Aussagen zum Niedergang von Städten können dabei nur teilweise und v.a. nur indirekt aus Thesen zum Wachstum abgeleitet werden.

Einen möglichen Erklärungsansatz für die wirtschaftliche Peripherisierung von Städten liefert der Ansatz der regionalen Polarisierung (Myrdal 1957). Myrdal versucht mit dem „Prinzip der zirkulären Interdependenz innerhalb eines Prozesses kumulativer Verursachung“ die Struktur endogener Entwicklungsprozesse zu erfassen. Zentral ist hier die Abkehr vom stabilen Gleichgewicht. Myrdal konzentriert sich außerdem auf die Erklärung sozialer Systeme durch das gleichzeitige, interdependente Wirken zweier Faktoren. Diese Faktoren werden nicht nur durch exogene Kräfte beeinflusst, sondern sie beeinträchtigen sich auch permanent gegenseitig, d.h. zirkulär.

Auslöser dieses kumulativen Prozesses sind Veränderungen von interdependenten Wirtschaftsfaktoren wie z.B. der Nachfrage oder Einkommen. Dies führt zu einer Polarisierung in dynamische und stagnierende oder rückläufige Regionen. Eine positive Veränderung bewirkt kumulatives *Wachstum*, eine negative kumulative *Schrumpfung*. Wachstum und Schrumpfung laufen dabei nicht unabhängig voneinander ab. Sie sind über interregionale Faktor- und Gütermobilität miteinander verbunden. In städtischen Zentren wirken Agglomerationseffekte, die höhere Löhne und Renditen ermöglichen und mobile Produktionsfaktoren wie Kapital und Arbeitskräfte anziehen. Damit werden periphere Regionen gegenüber Zentren benachteiligt. Das Entwicklungspotenzial von Zentren wird auf Kosten der Peripherien gestärkt. Auch vom Handel profitieren einseitig Zentren vor peripherisierten Regionen. In Zentren angesiedelte Unternehmen haben aufgrund interner und externer Ersparnisse Konkurrenzvorteile, die es möglich machen, in peripheren Regionen ansässige Unternehmen in ihrer Entwicklung zu hemmen. Periphere Regionen unterliegen so negativen Effekten, sog. Entzugseffekten (*backwash effects*), die die Folge von Wirtschaftswachstum in Zentren anderer Regionen sind. Den entgegen gesetzten positiven Effekten, sog. Ausbreitungseffekten (*spread effects*), stehen in schwach entwickelten peripheren Regionen Hindernisse entgegen.

gen. So ist dort das Qualifikationsniveau der Bevölkerung gering und dementsprechend die Innovationsaktivität schwach (vgl. Myrdal 1957).

Eine Weiterentwicklung der Polarisierungstheorien stellt die Zentrum-Peripherie-Theorie von John Friedmann dar. In seinem Aufsatz „A theory of polarized development“ (Friedmann 1975) werden ökonomische und politische Aspekte miteinander verbunden, um Prozesse der räumlichen Peripheriebildung zu erklären. In seiner Theorie unterscheidet Friedmann zwischen Kernregionen („core regions“) und peripheren Regionen („peripheral regions“). Kernregionen sind die Zentren technischer, ökonomischer und sozialer Innovation, Peripherieregionen sind alle übrigen Gebiete. Kerne und Peripherien konstituieren ein räumliches System zwischen den Polen von Innovationsdichte und Innovationsschwäche. Das Verhältnis zwischen beiden ist durch Dominanz und Abhängigkeit geprägt. Friedmann spricht sogar von einer organisierten Abhängigkeit („organized dependency“: ebda: 51) der Peripherien durch die Macht der Zentren. Damit bezieht er sich auf die lateinamerikanische Dependenztheorie. Die polarisierte Entwicklung zwischen Zentren und Peripherien wird durch selbstverstärkende Effekte hervorgerufen. Dabei unterscheidet er Dominationseffekte (durch Entzug von Ressourcen aus der Peripherie), Informationseffekte (durch eine höhere Interaktionsdichte in Zentren), psychologische Effekte (innovativere Milieus in Zentren), Modernisierungseffekte (offenere Werte, Attitüden und Institutionen in Zentren), Kopplungseffekte (Innovationen schaffen neue Märkte in Zentren) und Produktionseffekte (Kostenreduktion durch Innovationen in Zentren). Das politische Verhältnis zwischen Zentren und Peripherien ist durch Konflikte zwischen zentralen und peripheren Eliten geprägt.

Übertragen auf die Fragestellung des Working Papers im Hinblick auf Zentren in peripherisierten Regionen, bewirken zirkulär verursachte kumulative Prozesse auf regionaler Ebene eine räumliche Differenzierung in zentrale Wachstumsregionen einerseits und periphere, wirtschaftlich zurückbleibende Regionen andererseits. Dabei treten zentripetale Wachstums- und zentrifugale Ausbreitungseffekte auf, die Wanderungsbewegungen, die Veränderung Arbeits- und Lebensbedingungen und die Verlagerung mobiler Produktionsfaktoren zugunsten von Zentren verursachen. Zunehmende Produktionspotenziale und Wettbewerbsvorteile in Zentrenregionen sind die Folge. Für die peripheren Regionen positiv können sich die Ausbreitungseffekte der Zentrenregionen auswirken. Sie können dort Entwicklungsimpulse auslösen.

2.2.3 Kritik und Defizite

Im Hinblick auf die Erklärung von Peripherisierungsprozessen städtischer Zentren weisen die dargestellten regionalökonomischen Theorieansätze folgende konzeptionelle Defizite auf:

- die Polarisierungstheorien gehen von einer immanenten Verschärfung der Disparitäten zwischen Zentren und Peripherien aus. Die historischen Dynamiken des Niedergangs von ehemaligen Zentren oder des Aufstiegs von Peripherien können damit nicht erklärt werden (Dybe 2003: 91, vgl. Nitz 1997).

- Die Theorieansätze zu sektoralen Wachstumspolen (Perroux 1964) und regionale Wachstumspolen (Lasuén 1969) beziehen sich ausschließlich auf die ökonomische Entwicklungsfunktionen des sekundären Sektors, sind also stark industriebasiert. In vielen Fällen ist die Peripherisierung von Städten heute jedoch das Ergebnis von Prozessen der *Deindustrialisierung*, das heißt des Abbaus von Wirtschaftsaktivitäten des industriellen Sektors im Kontext der Globalisierung. Nach Perroux würde alleine eine Restrukturierung des sekundären Sektors und damit industrieller Aktivitäten Wachstum hervorbringen. Im Kontext der Globalisierung und des sektoralen Strukturwandels erscheint es unrealistisch, Reindustrialisierungsprozesse zu fördern. Stattdessen entstehen Ansätze zur Regenerierung von Städten und Regionen gerade in *post-industriellen* Dienstleistungsbranchen wie z.B. dem Bildungsbereich und wissensintensiven Bereichen, Kultur-, Kreativwirtschaft und Beratung.
- Die Wachstumspol-Theorien zielen im Kern auf die Erklärung von Wachstumsprozessen durch Innovationen. Dieser Ansatz ist bis heute sehr aktuell und wird zum Beispiel in Konzepten der Wissensökonomie und der Metropolen bzw. Metropolregionen verwendet. Einen Erklärungsansatz für den Verlust von Innovationsfähigkeit peripherisierter Regionen, der zur sozialräumlichen *Abkopplung von der Innovationsdynamik* als wirtschaftliche Dimension der Peripherisierung führt, liefern die Wachstumspol-Theorien allerdings nicht.
- Die Wachstumspol-Theorien gehen nicht auf einen politischen Faktor ein, dem heute eine große Bedeutung für die Zentrenbildung von Städten zugeschrieben wird: dem Sitz von Entscheidungszentralen in Wirtschaft und Politik. So werden die „Entscheidungs- und Kontrollfunktionen“ von Metropolen durch die Sitze der Unternehmenshauptquartiere großer nationaler und internationaler Unternehmen, des Finanzwesens und der Banken, der staatlichen Regierungen sowie internationaler Organisationen bestimmt (Blotevogel 2005). Aus diesem Ansatz lässt sich indirekt ableiten, dass ein Bedeutungsverlust von Städten als Wirtschafts- und Wachstumszentren in peripherisierten Regionen durch die Abwanderung von Unternehmenszentralen, die Aufgabe oder Übernahme mittelständischer Betriebe und die Dominanz von abhängigen Unternehmensfilialen entsteht.

2.3 Steuerungstheorien: Governance in Stadtregionen

Um das politisch-planerische Handeln von Akteuren und die Steuerungsformen von Mittelstädten in peripherisierten Regionen zu berücksichtigen, wird im Folgenden auf den handlungsanalytischen Ansatz der *Governance* eingegangen. Nach einer knappen Darstellung allgemeiner theoretischer Governance-Ansätze (2.3.1) wird auf die besonderen Handlungsbedingungen von Governanceformen in Stadtregionen (2.3.2) eingegangen. Unter „Stadtregionen“ werden sowohl monozentrische Stadt-Umland-Regionen als auch polyzentrische Stadtgruppen gefasst.

2.3.1 Theoretische Ansätze in der Governanceforschung

Governance ist im letzten Jahrzehnt zu einem Schlüsselbegriff der Politik- und Planungswissenschaften geworden. Der Begriff wird jedoch bisher nicht einheitlich verwendet und unterschiedlich interpretiert. Im engen Verständnis ist er ein Gegenbegriff zum staatlichen Regieren durch ein *Government* (Rhodes 1997). Im weiten Verständnis ist er ein Oberbegriff für alle Formen der kollektiven Steuerung durch Wettbewerbe auf Märkten, staatliche Hierarchien und Netzwerke (Kooiman 2003). Raumbezogene Attribute wie „local“, „regional“, „urban“ oder „metropolitan“ werden in der *Governance*-Forschung bisher jedoch nicht trennscharf verwendet. In den Politik- und Planungswissenschaften in Deutschland werden unter *Governance* komplexe Steuerungs- und Koordinationsstrukturen verstanden, die formelle und informelle Elemente, staatliche und nicht-staatliche Akteure sowie hierarchische, kompetitive und kooperative Akteursbeziehungen umfassen (Benz 2004; Benz/Fürst 2003; Kilper 2010). Im Hinblick auf die Konstellation von öffentlichen und privaten Akteuren lassen sich folgende Formen unterscheiden: *Governance by government*: Interaktionen staatlich-öffentlicher Akteure (Politik und Verwaltung), *Governance with Government*: Interaktionen öffentlicher und privater Akteure (Politik/Verwaltung mit Wirtschaft/Bürgerschaft) und *Governance without Government*: Interaktionen zwischen privaten Akteuren (Wirtschaft und/oder Bürgerschaft) (Kilper 2010).

Das vorliegende Working Paper bezieht sich auf die theoretischen Ansätzen der *Social-political Governance* (Kooiman 2003) und der *Multilevel Governance* (Peters/Pierre 2001; Benz 2004). Kooiman definiert *Social-political Governance* umfassend als Mischung aller Formen der sozialen und politischen Steuerung, die durch Interaktionen von öffentlichen und privaten Akteuren zur Lösung von kollektiven Problemen entstehen (Kooiman 2003: 3). Die Grenzen zwischen Staat und Gesellschaft werden mit diesem erweiterten Steuerungsverständnis aufgehoben. Interaktionen sind dabei konstitutiv für *Governance*, weil hier Akteure und Handlungen zusammentreffen. Kooiman unterscheidet nach der Art der Interaktionen drei Formen der *Governance (modes of governance)*: a) *Co-Governance*: informelle oder formelle Kooperationen von Steuerungseinheiten, b) *Hierarchical Governance*: formelles Regieren von staatlicher Politik und Verwaltung der Bürger und c) *Self-Governance*: autonome Selbststeuerung und -organisation von Akteuren (Kooiman 2003: 73 ff.). Kooimann unterscheidet weiterhin drei Ebenen der *Governance (orders of governance)*, wobei die erste Ebene Steuerungsprozesse zur Lösung von Problemen und Herstellung von kollektiver Handlungsfähigkeit umfasst, die zweite Ebene den institutionellen Kontext von *Governance*-Interaktionen und die Meta-Ebene den normativer Rahmen, der *Governance*-Prozesse und Kontexte zusammenhält (Kooiman 2003: 135 ff.).

Kooimans Unterscheidung von Ebenen verweist bereits auf den zweiten theoretischen Ansatz der *Multilevel Governance* (Peters/Pierre 2001). Mit diesem Ansatz werden die Interaktionsformen innerhalb einer Ebene (*intragovernmental*) und zwischen verschiedenen Ebenen (*intergovernmental*) in Mehrebenensystemen erfasst (Benz 2004). *Multilevel Gover-*

nance ist charakteristisch für vertikal organisierte Staaten, deren Steuerungskompetenzen und Ressourcen auf verschiedenen Ebenen verteilt sind. Mit dem Konzept wird berücksichtigt, dass Städte und Regionen trotz der kommunalen Selbstverwaltung in ein System von staatlichen Planungs- und Ausgleichspolitiken eingebettet sind. Die Interdependenzen und engen Kopplungen zwischen den Ebenen nehmen dabei zu. Die Beziehungen zwischen den vertikalen Ebenen können dabei auch einzelne Hierarchiestufen überspringen. Dies wird in der Literatur als „bypassing“ bezeichnet (Peters/Pierre 2001: 131).

2.3.2 Governance in Stadtregionen

Die Untersuchung des politisch-planerischen Umgangs von Akteuren mit Peripherisierungsprozessen erfordert eine Spezifizierung auf die Handlungsbedingungen der Governance in Stadtregionen unter Berücksichtigung von regionalen Zentrenstrukturen. Dabei lassen sich drei Dimensionen zur Erhebung von Governanceformen in Stadtregionen unterscheiden:

- Interaktionsmodi (Kooperation/Konkurrenz/Hierarchie)

Im Hinblick auf die regionalen Interaktionsmodi zwischen den Akteuren werden in der Forschung die drei Grundtypen Hierarchie, Kooperation und Konkurrenz unterschieden, deren Kombination die konkrete Form der *Regional Governance* bestimmt (Benz/Fürst 2003: 26). Dabei wird davon ausgegangen dass die stadtregionale Zentrenstruktur einen starken Einfluss auf die Interaktionsmodi hat.

- regionale Zentrenstruktur (monozentrisch/polyzentrisch)

Im Hinblick auf die Zentrenstrukturen lassen sich zwei Grundtypen unterscheiden: eine monozentrische Stadtregion entsteht, wenn eine Mittelstadt als einzelnes Zentrum mit den Umlandgemeinden interagiert. Eine polyzentrische Stadtregion entsteht, wenn sich mehrere Nachbarstädte zu einem Städtenetz bzw. Städteverbund zusammenschließen. Die regionale Zentrenstruktur ist dabei nicht durch die Siedlungsstruktur physisch determiniert, sondern konstituiert sich als ein flexibler Handlungsraum durch die Akteure (Kilper 2010). Die Zentrenstruktur hat einen starken Einfluss auf das Verhältnis von Kooperation, Konkurrenz und Hierarchie in Stadtregionen. Während in monozentrischen Stadtregionen eine interkommunale Hierarchie der Kernstadt über die abhängigen Umlandgemeinden besteht, sind polyzentrische Stadtregionen durch eine Konkurrenz zwischen gleichwertigen Städten gekennzeichnet (Herrschel/Newman 2003).

- Verflechtung räumlicher Steuerungsebenen (Region/Land/Bund/EU)

Eine dritte Untersuchungsdimension der *Governance* in Stadtregionen ergibt sich aus dem Verhältnis der räumlichen Steuerungsebenen zueinander (*Multilevel Governance*). Dabei lassen sich die Grundtypen regional autonomer Ansätze (*self-governance*) und hierarchisch initiiertes Ansätze (*hierarchical governance*) unterscheiden. Im föderalistischen Staatsaufbau

Deutschlands werden die Kontextbedingungen für regionales Handeln stark durch die Ebenen der Länder und des Bundes gesetzt. So weisen Benz und Fürst darauf hin, dass das Verhältnis von Kooperation und Konkurrenz in den Regionen stark durch den staatlichen „Schatten der Hierarchie“ geprägt wird. Der Staat kann interkommunale Kooperationen durch Förderprogramme oder interkommunale Konkurrenzen durch Wettbewerbe fördern (Benz/Fürst 2003). Neue territoriale Gebietskörperschaften und Gemeindefusionen entstehen oft nur durch den Druck der staatlichen Mehrebenenhierarchie. Auch interkommunale Kooperationen gelten bisher nicht als Selbstläufer, sondern sind von der Steuerung durch die Ebene der Bundesländer abhängig (Karsten/Hesse 2011: 42). Polyzentrische Städtenetze in schrumpfenden Regionen entstehen ebenso bisher weitgehend durch staatliche Vorgaben der Landes- und Regionalplanung (Greiving et al. 2008: 14).

Die konkreten Steuerungsformen der *Governance in Stadtregionen* ergeben sich durch die regionsspezifische Kombination der Dimensionen. Dieser Ansatz stellt einen spezifischen konzeptionellen Rahmen für die empirische Erforschung der *Governance* auf stadtreionaler Ebene dar.

2.3.3 Kritik und Defizite

Die Governance-Ansätze erweitern die bisherige Forschungsperspektive auf die Steuerungsfähigkeit von Stadtregionen in doppelter Hinsicht: 1. Sie beziehen sich nicht nur auf Formen der interkommunalen Kooperation, sondern betrachten die Gleichzeitigkeit der Steuerungsmodi von Kooperation, Konkurrenz und Hierarchie. 2. Sie beziehen nicht nur das Handeln öffentlicher Akteure der Politik und Verwaltung ein, sondern auch von privaten Akteuren in Wirtschaft und Bürgerschaft und analysieren deren Zusammenwirken.

Im Hinblick auf die Analyse der spezifischen Handlungsbedingungen von Mittelstädten in peripherisierten Regionen bestehen in der Governance-Forschung vor allem folgende Defizite:

- Der Einfluss der Zentralität von Städten auf die Governanceformen in Stadtregionen ist allgemein wenig erforscht. Empirische Studien liegen vor allem für Metropolregionen („metropolitan governance“) in Deutschland vor, während es zu Mittelstädten in peripheren ländlichen Regionen kaum Untersuchungen dazu gibt. Konzeptionelle Defizite bestehen dabei vor allem in der Erklärung bzw. Beschreibung von Unterschieden in der Steuerungsfähigkeit zwischen *monozentrischen* und *polyzentrischen* Stadtregionen (Herschel/Newman 2003).
- Bisher ist die Forschungsstand zu peripheren ländlichen Regionen durch einen normativen Überhang auf das Thema der interkommunalen Kooperationen gekennzeichnet, während die Bedeutung der Steuerungsmodi von Konkurrenz und Hierarchie unterbelichtet sind. Aus der Literatur gibt es jedoch Hinweise darauf, dass sich unter der Rahmenbedingung von demografischen und wirtschaftlichen Schrumpfungsprozessen interkommunale

Konkurrenzen verschärfen, Verteilungskonflikte zunehmen und damit Kooperationen hemmen (Kersting 2006; Greiving et al. 2008; Küpper 2011).

- In der Governance-Forschung zu Stadtregionen steht bisher die Bildung von horizontalen Netzwerken zwischen den Akteuren auf dem gleichen Level interkommunaler Beziehungen im Vordergrund. Dagegen gibt es nur wenige vertikale Multilevel-Governance-Analysen. Offen bleibt insbesondere die Frage, welchen Beitrag *vertikale Netzwerke von Kommunen zu den höheren staatlichen Ebenen* der Länder, des Bundes oder der EU für den Umgang mit Peripherisierungsprozessen haben.

3. Umgang mit Peripherisierung: Handlungsansätze der Raumordnung und Kommunen

3.1 Anwendung des Zentrale-Orte-Konzeptes in der Raumordnungspolitik

In der Raumordnungspolitik des Bundes und der Länder ist die Ausweisung von Ober-, Mittel- und Unterzentren bis heute ein wesentliches Instrument der Raumplanung. Im Folgenden wird zunächst die Genese des Zentrale-Orte-Konzeptes kurz skizziert (3.1.1), bevor auf aktuelle Handlungsansätze in peripheren ländlichen Regionen eingegangen wird (3.1.2). Dabei wird die raumordnerische Definition von „peripheren Räumen“ als großstadtferne und ländliche Gebiete zugrunde gelegt und die Rolle von Mittelstädten in diesen Räumen thematisiert.

3.1.1 Zentrale Orte in peripheren Regionen – Entwicklungsphasen des Konzeptes

Die Theorie zentraler Orte ist seit den 1950er Jahren eine konzeptionelle Grundlage für die Raumordnungspolitik in der Bundesrepublik Deutschland und seit 1990 auch in den ostdeutschen Bundesländern. Im Hinblick auf die spezifische Rolle von Zentren in peripheren Regionen lassen sich folgende Phasen in der Anwendung durch die Raumordnungspolitik zusammenfassen (vgl. zum folgenden ausführlicher: Blotevogel 1995; Blotevogel 2002):

- in den 1950er Jahren stand in Westdeutschland das Problem der Abwanderung aus ländlichen Räumen im Mittelpunkt der Raumordnung. Durch den Ausbau ländlicher Mittelpunktsiedlungen vor allem in Unterzentren sollte die Grundversorgung in der Fläche gewährleistet werden.
- in den 1960er Jahren forderte das Raumordnungsgesetz 1965 in Gebieten mit „zurückgebliebenen Lebensbedingungen“ die Förderung von „Gemeinden mit zentralörtlicher Bedeutung einschließlich der zugehörigen Bildungs-, Kultur- und Verwaltungseinrichtungen“.

- in den 1970er Jahren wurde die herausragende Bedeutung der Mittelzentren und Mittelbereiche für die Versorgung in der Fläche betont. Zugleich wurden die zentralörtlichen Versorgungsfunktionen auch im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs berücksichtigt. Durch die in der Praxis so genannte „Einwohnerveredlung“ erhalten Ober-, Mittel- und Unterzentren in den meisten Bundesländern eine höhere Finanzausweisung pro Einwohner als nicht-zentrale Orte.
- Seit den 1970er Jahren wurde die auf Versorgungsfunktionen bezogenen planerischen Zentrale Orte-Konzepte zunehmend durch Entwicklungsfunktionen erweitert. Die zentralen Orte wurden jetzt auch als demografische und wirtschaftliche Entwicklungsschwerpunkte einer Region angesehen. Es entstand das Konzept der sog. „Entwicklungszentren“, das sich an den Theorien zu „Wachstumspolen“ orientierte. Ausgewählten Mittel- und Oberzentren sollten danach als Schwerpunkte der gewerblichen Entwicklung zum Abbau regionaler Disparitäten beitragen.
- in den 1980er Jahren geriet das Zentrale-Orte-Konzept durch die wachsende Diskrepanz mit der realen Siedlungsentwicklung und den erkennbaren Steuerungsdefiziten in die Defensive. Die zugrunde liegende Zentrale-Orte-Theorie geriet zunehmend in die Kritik und galt vielfach als veraltet.
- seit der Jahrtausendwende erfährt das Zentrale-Orte-Konzept im Kontext der deutschen Einigung und der neuen Ausweisung von Metropolregionen mit europäischer Bedeutung eine gewisse Renaissance. In einigen Schrumpfsregionen Ostdeutschlands werden durch die Landespolitik Fördermittel auf regionale Wachstumskerne in zentralen Orten konzentriert.

Blotevogel analysiert diese Entwicklung als eine zunehmende Entkopplung zwischen der Zentrale-Orte-Theorie und der normativen Anwendung des Zentrale-Orte-Konzeptes in der Raumordnungspolitik. Er stellt folgende Unterschiede zwischen beiden heraus: „Erstens wird er in den meisten Ländern mit ganzen Gemeinden oder Siedlungen gleichgesetzt. Zweitens werden weitere Bereiche der öffentlichen Infrastruktur und häufig auch die Arbeitsmarktfunktion (und insofern indirekt auch der gesamte gewerbliche Sektor) in das Spektrum zentraler Funktionen einbezogen. Und drittens wird der Zentrale Ort mit raumplanerischen Zielen belegt, wobei im Lauf der letzten Jahrzehnte die ursprünglich allein berücksichtigte Versorgungsfunktion durch die Entwicklungsfunktion ergänzt wurde.“ (Blotevogel 2002: 15). Der zweite und dritte Punkt verweisen darauf, dass sich die Praxis neben der Zentrale-Orte-Theorie zunehmend auch auf Theorien der Wachstumspole bezieht. Versorgungs- und Entwicklungsfunktionen werden dabei vermischt.

Nach der Theorie der Wachstumspole ist zum Erreichen von ökonomischem Wachstum in peripherisierten Regionen ein städtisches Zentrum erforderlich, das Agglomerationsvorteile aufweist. Zentral ist dabei bis heute der Begriff der *Innovation*. Die aktuelle Regionalpolitik der EU und in Deutschland bezieht sich nach wie vor auf die Wachstumspol-Theorien, um Innovationen in Groß- und Mittelstädten als Zentren von Regionen gezielt zu fördern. Inno-

vationen werden dabei durch die Förderung von Forschung und Entwicklung (FuE), den Ausbau von Hochschulstandorten in peripheren Regionen sowie die Unterstützung von Technologietransfer unterstützt. Neuerdings wird auch die Netzwerkbildung zwischen Akteuren, Unternehmen und Städten gefördert, um die Innovationsfähigkeit von Regionen zu verbessern.

Die kurze Rückschau der Anwendung der Theorien in der Politik zeigt, dass die Problematik peripherer Zentren in der Raumordnungspolitik nicht neu ist, sondern bereits in den Nachkriegsjahrzehnten in Westdeutschland thematisiert wurde. Was wir heute als „Peripherisierung“ verstehen, wurde damals unter dem Begriff der „zurückgebliebenen Gebiete“ diskutiert.

3.1.2 Schrumpfung als neue Herausforderung des Zentrale-Orte-Konzeptes

Ein neuer Handlungsansatz in der aktuellen Diskussion zu Zentralen Orten in peripheren ländlichen Regionen ist die Anpassung der Zentrale-Orte-Systeme an den demografischen Wandel. Damit werden erstmals demografischen Schrumpfungsprozessen anerkannt und berücksichtigt, die seit der Jahrtausendwende zunächst vor allem in Ostdeutschland als Strukturproblem deutlich wurden (Gawron 2008). Da sich demografische Schrumpfungsregionen inzwischen auch in Westdeutschland ausbreiten (Herfert/Osterhage 2012) gewinnt diese Problematik eine bundesweite Relevanz. Demographische Schrumpfungsprozesse führen besonders in dünn besiedelten Regionen zur sinkenden Tragfähigkeit und Ausdünnung von Angeboten und damit zu einer Schwächung der Funktionen Zentraler Orte.

Ein Arbeitskreis der Akademie für Raumforschung und Landesplanung kommt in seinen Empfehlungen zu Zentrenkonzepten in dünn besiedelten ländlichen Räumen zu folgenden Ergebnissen: „Gerade in dünn besiedelten, peripher gelegenen ländlichen Räumen kommt den Potenzialen der Mittelzentren in ihrer Rolle als Entwicklungsschwerpunkte eine Schlüsselrolle zu. In diesen strukturschwachen Gebieten haben sie die Aufgabe, bei einem ggf. unvermeidlichen Rückbau der öffentlichen Infrastrukturen im Sinne eines „Auffangnetzes“ dafür Sorge zu tragen, dass die Dienstleistungsangebote im Bildungs- und Gesundheitswesen sowie im Bereich der öffentlichen Verwaltung erhalten bleiben, um weiteren Entleerungsprozessen entgegenzuwirken. Darüber hinaus sollte zumindest in dem dafür geeigneten Mittelzentren versucht werden, durch öffentliche Maßnahmen der Wirtschaftsförderung eine „kritische Masse“ für eine wirtschaftliche Eigendynamik anzuregen und zu unterstützen.“ (Blotvogel 2002: XXXIII).

Eine Expertengruppe zur Sicherung der Daseinsvorsorge und der Zentrale-Orte-Konzepte kommt zu einem ähnlichen Ergebnis: „Für die Zukunft stellt die rückläufige Bevölkerungsentwicklung, bzw. die Schrumpfung die größte Herausforderung für die Sicherung der Daseinsvorsorge dar, wovon die zentralen Orte als deren wesentliche Standorte unmittelbar betroffen sind. Dadurch wird (...) die Tragfähigkeit von Einrichtungen der Daseinsvorsorge gefährdet. Das bedingt ggf. Schließungen und Rückbau und somit weitmaschige Versor-

gungsnetze. Zugleich bedingt die rückläufige Daseinsvorsorge in der Fläche eine zunehmende Bedeutung der zentralen Orte in diesen Räumen für die Versorgungssicherung unter Schrumpfungsbedingungen.“ (BMBVS 2010: 58).

Während die Expertengruppe einerseits die besondere Betroffenheit der Versorgungsfunktionen peripherer Zentren von Schrumpfungsprozessen herausstellt, wird den Zentralen Orten andererseits eine zunehmende Bedeutung für die Versorgung peripherer Regionen zugeschrieben. Hier zeigt sich ein ähnliches normatives Festhalten an den zentralörtlichen Funktionen von Städten wie schon bei Christaller. Im Raumordnungsbericht 2012 wird neben der Straffung und Flexibilisierung der Zentrale-Orte-Systeme auch verstärkt auf die Kooperation von Kommunen verwiesen (BBSR 2012a:225). Dabei stellt sich die Frage, mit welchen Handlungsansätzen die kommunalen Akteure in peripherisierten Regionen selbst einem weiteren Zentralitätsverlust von Städten entgegen wirken können?

3.2 Umgang der Kommunen mit Peripherisierung

In der Forschung und Praxis werden bisher zwei kommunale Handlungsansätze im Umgang mit Peripherisierung als zentral herausgestellt. Zum einen der horizontalen Netzwerken in Form von interkommunaler Kooperation (innerregional), zum anderen der vertikalen Netzwerke zu staatlichen Ebenen (überregional).

3.2.1 Horizontale Netzwerke: Interkommunale Kooperationen

Ein wesentlicher Handlungsansatz zur Sicherung der Daseinsvorsorge in peripheren ländlichen Regionen sieht die Raumforschung bisher in der interkommunalen Kooperation (ARL 2008: 12). Aus den Politik- und Planungswissenschaften wird an die Kommunalpolitik in schrumpfenden Regionen vielfach die Forderung erhoben, die lokale „Kirchturmspolitik“ zu überwinden und interkommunal zu kooperieren (Sarcinelli/Stopper 2006: 8; Kersting 2006: 35; Adam 2006: 108). Auch die staatliche Politik fördert die interkommunale Kooperation auf allen Ebenen. Einige Beispiele:

- die Territoriale Agenda der Europäischen Union fordert neue „Stadt-Land-Partnerschaften“ auch von Klein- und Mittelstädten als Regionalzentren in ländlichen Gebieten;
- das neue Städtebauförderprogramm des Bundes „Kleine Städte und Gemeinden – überörtliche Zusammenarbeit und Netzwerke“ sieht die Städte als Ankerpunkte der Daseinsvorsorge im ländlichen Raum und fördert interkommunale Kooperationen;
- die interkommunale Kooperation ist im Rahmen des Programms „Stadtumbau in Hessen“ eine verbindliche Fördervoraussetzung für die Städte des Landes;
- in Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg wurden seit 2009 Stadt-Umland-Kooperationsräume bzw. „Mittelbereiche“ durch die Landesplanung festgelegt.

Der Stand der Forschung zeigt demgegenüber, dass interkommunale Kooperationen in Stadtregionen generell und besonders in schrumpfenden Stadtregionen durch verschiedene Faktoren gehemmt bzw. blockiert werden:

- allgemein werden Kooperationsansätze in Stadtregionen durch den Lokalegoismus der politisch-administrativen Akteure gehemmt und stoßen auf Widerstände seitens der Umlandgemeinden, aber oft auch der Bürger, die sich nicht mit der regionalen Ebene identifizieren (Heinz 2000: 248 ff.);
- unter Schrumpfungsbedingungen verschärft sich die interkommunale Konkurrenz um Einwohner, und Unternehmensansiedlungen, da die Kommunen zur Sicherung der Kommunalfinanzen auf die Einkommens- und Gewerbesteuer angewiesen sind (Sarcinelli/Stopper 2006);
- In vielen schrumpfenden und peripheren Regionen wird durch den demografischen Wandel die Tragfähigkeit öffentlicher Infrastrukturen der Daseinsvorsorge gefährdet. Die Schließung und der Rückbau von Infrastrukturen erzeugen jedoch Verteilungskonflikte, die auf kooperativer Basis schwer zu lösen sind (Adam 2006; Greiving et al. 2008);
- da in schrumpfenden Regionen kein Zuwachs an Einwohnern und Unternehmen verteilt werden kann, verstärkt sich die Standortkonkurrenz zwischen Mittelstädten und Umlandgemeinden. Zuwanderungen in der einen Gemeinde bedingen Abwanderungen aus der anderen Gemeinde (Brake/Herfert 2011);
- staatliche Anpassungsstrategien an den demografischen Wandel führen in einigen Bundesländern zur Reduktion der Zahl Zentraler Orte (Dehne/Kaether 2007). Deshalb sind viele Städte in ihrem Status als Mittelzentrum gefährdet und konkurrieren mit Nachbarstädten um den Staterhalt;
- Interkommunale Kooperationen sind bisher keine Selbstläufer, sondern auf eine starke Steuerung durch die Länder angewiesen (Karsten/Hesse 2011: 42).

Aus dem Stand der Forschung ergibt sich insgesamt ein widersprüchliches Bild. Einerseits wird interkommunalen Kooperationen in peripheren Regionen eine zunehmende Bedeutung zugeschrieben. So werden in peripheren Räumen zunehmend Stadt-Umland-Kooperationsräume („Mittelbereiche“) und arbeitsteilige Zentren als polyzentrische Städtegruppen ausgewiesen. Andererseits verschärft sich die interkommunale Konkurrenz. Inwieweit sich Kooperation und Konkurrenz in interkommunalen Beziehungen ausschließen („Kooperation statt Konkurrenz“) oder ergänzen („Coopetition“) bleibt in der Forschung bisher ungeklärt. Auch der Einfluss der staatlichen Politik auf das Verhältnis von interkommunaler Kooperation und Konkurrenz ist bislang unklar.

3.2.2 Vertikale Netzwerke: Kooperationen zu staatlichen Ebenen

Ein weiterer Handlungsansatz besteht in den Aktivitäten von peripherisierten Regionen zur Bildung vertikaler Interaktionen. Im Unterschied zu den horizontalen Beziehungen innerhalb einer Ebene geht es hierbei um die vertikalen Beziehungen zu den höheren staatlichen Ebenen außerhalb der Regionen. Die Interaktionen zwischen den vertikalen Ebenen können dabei auch einzelne Hierarchiestufen überspringen. Dies wird in der Literatur als „bypassing“ bezeichnet (Peters/Pierre 2001: 131).

In der Peripherisierungsforschung gelten betroffene Städte und Regionen als aus überregionalen Akteurs-Netzwerken weitgehend ausgeschlossen (Herrschel 2011: 86, 99). Die Exklusion bezieht sich dabei auf den Ausschluss von politischen Machtssystemen und Entscheidungsprozessen (Herrschel 2011: 98 f.). In der Theorie der polarisierten Entwicklung gelten periphere Regionen als abhängig von dominanten Kernregionen (Friedmann 1973). Wenn sich die Akteurseliten aus den peripheren Regionen sich ihrer Abhängigkeit von den Zentren bewusst werden, fordern sie – nach Friedmann – eine größere regionale Autonomie von den Zentren ein. Folglich lassen sich Peripherisierungsprozesse nur bewältigen, wenn vertikale Netzwerke von den Peripherien zu den außerregionalen Zentren aufgebaut werden. Der Stadt- und Regionalsoziologe Keim schreibt sogar den Zentren die entscheidende Initiative zur Entperipherisierung zu: „Da wir Peripherisierung als einen zentralisierungsabhängigen Prozess verstehen wollen, sind Peripherisierungsfolgen prinzipiell umkehrbar, und zwar durch entsprechende Initiativen seitens der Zentren“ (Keim 2007: 41).

4 Eigener Forschungsansatz

Im folgenden Kapitel wird ein eigener Forschungsansatz als Grundlage für die Durchführung empirischer Fallstudien zu Mittelstädten in peripherisierten Regionen entwickelt. Zuvor wird das zugrunde liegende Verständnis von Peripherisierung dargestellt.

4.1 Prozesse der Peripherisierung

Peripherisierung ist ein mehrdimensionaler Prozess, der wirtschaftliche, infrastrukturelle, politische und sozial-kommunikative Teilprozesse umfassen kann. Die Prozesse der Peripherisierung können in Städten und Regionen unterschiedlich ausgeprägt sein, wirken jedoch in der Regel multipel zusammen (vgl. ausführlicher: Bernt/Liebmann 2013; Kühn/Weck 2012; Kühn/Sommer 2012).

Um die Komplexität zu reduzieren und einzelne Prozesse identifizieren zu können, wird im Folgenden ein eigenes heuristisches Modell der Peripherisierung dargestellt. Zu den wesentlichen Ursachen von Peripherisierung von Städten und Regionen zählen deren *wirtschaftliche Abkopplung* von der Entwicklungsdynamik in den Großstadtregionen in Form von Struktur-

und Innovationsschwäche und deren *politische Abhängigkeit* von Entscheidungszentralen. Ein eng an wirtschaftliche Abkopplung und politische Abhängigkeit gekoppelter Prozess ist die selektive *Abwanderung* von Bevölkerung, welche wiederum die Peripherisierung durch demografische Schrumpfung, Alterung und Dequalifizierung der Bevölkerung verstärkt. Zusätzlich zur signifikanten endogenen Struktur- und Innovationsschwäche ist auch die ökonomische Benachteiligung bzw. Exklusion aus überregionalen Märkten für Peripherisierungsprozesse bestimmend. Die geringe Wettbewerbsfähigkeit ansässiger regionaler Unternehmen, ausbleibende Unternehmensansiedlungen, Verlagerungen, Übernahmen und Schließungen von Unternehmen sowie negative sozioökonomische Arbeitsmarkt- und Beschäftigungseffekte für peripherisierte Regionen sind die Folge. Alle identifizierten Prozesse der Peripherisierung wirken verstärkend aufeinander. Sie werden in der folgenden Grafik dargestellt.

Abb.1: Prozesse der Peripherisierung



Grafik: Kühn/Sommer 2012

Entscheidungszentralen sind dabei auf unterschiedlichen räumlichen Ebenen angesiedelt. Sie umfassen nicht nur die nächst größere Stadt, sondern auch die Kreis-, die Landes-, die nationale sowie die supranationale Ebene. Sowohl wirtschaftliche Abkopplung als auch politische Abhängigkeit sind Prozesse, in welche Akteure in Städten in peripheren Regionen nicht oder nur in geringem Maße aktiv einbezogen sind. Vielmehr sind sie zumeist nur passiv Teilnehmer bzw. Betroffene dieser Prozesse.

Peripherisierung beinhaltet sowohl Abstiegsprozesse von Städten als auch des Stadtumlands. Dabei besteht ein enges Verhältnis zwischen den Abstiegsprozessen des Stadtumlands und dem peripherem Zentrum. Im Hinblick auf Peripherisierungsprozesse können Stadt und Stadtumland unterschiedliche dynamische Entwicklungen verzeichnen. Funktionale Bezüge zwischen diesen beiden Raumkategorien können sich auf diese Weise lockern. Städte z.B. können zugunsten der stadtreionalen und der überregionalen Ebene – dem Landkreis und übergeordneten Zentren – an Bedeutung verlieren.

Wichtig ist in diesem Kontext zudem die Zentrenstruktur in mono- oder polyzentralen Regionen. Sie bestimmt die funktionale Arbeitsteilung zwischen peripherem Zentrum und Umland in peripherisierten Regionen und spielt eine zentrale Rolle für die Stabilisierung der Regionen. Neben dieser innerregionalen ist die überregionale Ebene von hoher Bedeutung. Auf ihr fallen für die wirtschaftliche und politische Entwicklung peripherisierter Zentren und Regionen zentrale Entscheidungen, die Auf- bzw. Abstiegsprozesse maßgeblich beeinflussen.

4.2 Ziele

Mithilfe des Forschungsansatzes werden zwei übergeordnete Ziele verfolgt:

- Zum einen soll beschrieben und analysiert werden, in welchem Ausmaß Mittelstädte als Zentren einerseits und deren Stadtumland andererseits von Abkopplungen, Abhängigkeiten und Abwanderungen betroffen und damit peripherisiert sind.
- Zum anderen soll erhoben werden, welche Handlungsmöglichkeiten daraus für die lokalen und regionalen Akteure erwachsen.

Dabei sollen die inner- und eine außerregionale Handlungsebenen unterschieden werden. Auf beiden Ebenen werden folgende Teilziele formuliert:

- Auf der *innerregionalen* Ebene soll die Rolle von Mittelstädten als Zentren peripherisierter Regionen im von Kooperation und Konkurrenz geprägten Verhältnis zwischen Kommunen unter dem hierarchischen Einfluss der Landespolitiken erforscht werden. Nach dem Forschungsansatz der *Regional Governance* bilden Hierarchie, Kooperation (Verhandlungen) und Konkurrenz unterschiedliche Steuerungsmodi, deren Kombination die konkrete Form der regionalen Steuerung bestimmt (Benz/Fürst 2003: 26). Darüber hinaus werden unterschiedliche Zentralitätstypen in Stadtregionen berücksichtigt. Während in *monozentrischen* Stadtregionen eine interkommunale Hierarchie der Kernstadt über die Umlandgemeinden besteht, sind *polyzentrische* Stadtregionen durch eine Konkurrenz zwischen tendenziell gleichwertigen Städten gekennzeichnet (Herschel/Newman 2003: 544). Gleichzeitig hemmen die Governancemodi Hierarchie und Konkurrenz die Akteure bei ihrem Versuch, Peripherisierungsprozesse durch den Ansatz der interkommunalen Kooperation zu bewältigen. Nach den beiden Grundtypen von Zentren in Stadtregionen werden zwei Formen der interkommunalen Kooperation unterschieden: a) *Stadt-Umland-*

Kooperationen in monozentrischen Regionen, *b) Städteverbünde bzw. Städtenetze* zwischen Nachbarstädten in polyzentrischen Regionen.

- Auf der *überregionalen* Ebene soll erforscht werden: Erstens, ob vertikale Kooperationsbeziehungen zwischen Akteuren innerhalb und außerhalb der Region zur Bewältigung von Peripherisierungsprozessen beitragen. Im Zentrum stehen dabei Verbindungen von lokal und regional handelnden Akteuren aus Politik und Wirtschaft zu überregionalen Entscheidungsträgern. Unterschieden wird dabei in Beziehungen im Bereich Politik/ Verwaltung und im Bereich Wirtschaft. Zweitens, auf welche Art und Weise Städte in peripherisierten Regionen aus Netzwerken ausgeschlossen und damit von Entwicklungsdynamiken und -ressourcen abgeschnitten werden.

4.3 Hypothesen

Als Grundlage für die Durchführung empirischer Fallstudien werden aus der Darstellung des Forschungsstandes und des Forschungsansatzes die folgenden Forschungshypothesen zur Rolle von Mittelstädten in peripherisierter Region abgeleitet. Die ersten drei Thesen beziehen sich dabei auf die *innerregionalen* Rahmenbedingungen in peripherisierten Stadtregionen und stellen einen Bezug zu den Handlungsansätzen von Akteuren her. Sie zeigen mögliche Wege zur Bewältigung von Peripherisierung auf. Die vierte These beschreibt Hemmnisse für interkommunale Kooperationen in peripherisierten Regionen.

1. **Konzentrationsthese:** In monozentrischen Stadt-Umland-Regionen können Mittelstädte zur Stabilisierung peripherisierter Regionen beitragen, indem zentralörtliche Versorgungs-Funktionen räumlich konzentriert werden.
2. **Arbeitsteilungsthese:** In polyzentrischen Stadtregionen können Mittelstädte zur Stabilisierung peripherisierter Regionen beitragen, indem zentralörtliche Funktionen von Nachbarstädten räumlich arbeitsteilig organisiert werden.
3. **Hierarchiethese:** Die Umsetzung interkommunaler Kooperationen in monozentrischen und polyzentrischen Stadtregionen sind von Vorgaben der Landespolitik abhängig.
4. **Hemmnisthese:**
 - a) Ein hierarchisches Verhältnis zwischen Kernstadt und Umlandgemeinden hemmt interkommunale Kooperationen.
 - b) Ein von Konkurrenz geprägtes Verhältnis zwischen gleichwertigen Nachbarstädten hemmt die Bereitschaft zu funktionaler Arbeitsteilung und die funktionale Schwerpunktsetzung von Städten innerhalb von Städtegruppen.

Drei weitere Thesen beziehen sich auf die *überregionalen* Verbindungen von peripherisierten Stadtregionen zu den übergeordneten Zentren von Politik und Wirtschaft.

5. **Bypassing-These:** Durch ein Überspringen der mittelzentralen Ebene von der im Stadt-Umland ansässigen Bevölkerung und deren direkte Orientierung auf die oberzentrale Ebene im Hinblick auf Arbeitsplätze („bypassing“) lösen sich regionale Arbeitsmarktverflechtungsbereiche in peripherisierten Regionen auf.
6. **Exklusionsthese:** Wenn Akteure aus Mittelstädten peripherisierter Regionen von Netzwerken in überregionalen Zentren der Wirtschaft und Politik ausgeschlossen werden, dann werden diese Regionen bei Standortentscheidungen benachteiligt.
7. **Vertikale Netzwerkthese:** Wenn es Akteuren in peripherisierten Regionen gelingt, vertikale Netzwerke zu überregionalen Entscheidungszentralen in Politik und Wirtschaft aufzubauen, dann eröffnen sich neue Handlungsoptionen im Umgang mit Peripherisierung durch Zugänge zu Fördermitteln, Wissen und Standortentscheidungen.

4.4 Ausblick, weiteres Vorgehen

Die Forschungshypothesen sollen durch vergleichende Fallstudien von Mittelstädten in peripherisierten Regionen im Rahmen des IRS-Leitprojektes „Stadtpolitiken im Umgang mit Peripherisierung (2012-2014) empirisch geprüft werden. Der Vergleich bezieht sich auf west- und ostdeutsche Bundesländer, mono- und polyzentrische Stadtregionen sowie auf unterschiedliche Steuerungsansätze durch die Bundesländer. Aufbauend auf vorhandenen Kontakten und Vorarbeiten werden dafür die monozentrische Stadtregion Pirmasens (Rheinland-Pfalz) und die Hansestadt Stendal (Sachsen-Anhalt) in einer polyzentrischen Stadtregion (Altmarkkreis, Landkreis Salzwedel) ausgewählt. Diese beiden Pilotstudien sollen auf der Basis eines Drittmittelprojektes möglichst um weitere Fälle ergänzt werden.

Die Ergebnisse der empirischen Fallstudien lassen einerseits einen grundlagen-orientierten Forschungsbeitrag für die Erweiterung des Wissens über Peripherisierungsprozesse von Mittelstädten als Zentren von Regionen erwarten, andererseits einen anwendungs-orientierten Beitrag, welcher der punktuellen Weiterentwicklung und Überprüfung der gegenwärtigen Raumordnungspolitik im Umgang mit Peripherisierung dienen kann.

Weiterführende Erkenntnisse sollen insbesondere zu folgenden Fragen gewonnen werden:

Wie verändern sozialräumliche Peripherisierungsprozesse die Rolle von Mittelstädten in ihrer Region (Zentralisierung versus Peripherisierung)?

Welche stabilisierenden Funktionen können Mittelstädte in peripherisierten Regionen übernehmen?

Welchen Einfluss haben vertikale und horizontale Politiknetzwerke auf die Verstärkung oder Abschwächung von Peripherisierungsprozessen in der Region?

Literatur

Adam, Brigitte (2006): Interkommunale Kooperation – Möglichkeiten im Umgang mit den räumlichen Folgen des demographischen Wandels. In: Sinning, Heidi (Hrsg.): Stadtmanagement. Dortmund. S. 106-117.

Aring, Jürgen; Reuther, Iris (2008): Die Regiopole. Vom Arbeitsbegriff zur konzeptionellen Idee, in: Aring, Jürgen; Reuther, Iris (Hrsg.): Regiopolen. Die kleinen Großstädte in Zeiten der Globalisierung. Berlin. S. 8-30.

ARL – Akademie für Raumforschung und Landesplanung (2008): Politik für periphere, ländliche Räume: Für eine eigenständige und selbstverantwortliche Regionalentwicklung. ARL Positionspapier Nr. 77. Hannover.

Barlösius, Eva; Neu, Claudia (2008): Territoriale Ungleichheit: Eine spezifische Ausprägung räumlicher Ungleichheit. In: Barlösius, Eva; Neu, Claudia (Hrsg.): Peripherisierung – eine neue Form sozialer Ungleichheit? Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften. Materialien Nr. 21. S. 17-23.

BBSR – Bundesinstitut für Bau- Stadt- und Raumforschung im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg. 2012a): Raumordnungsbericht 2011. Bonn.

BBSR – Bundesinstitut für Bau- Stadt- und Raumforschung im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg. 2012b): Klein- und Mittelstädte in Deutschland – eine Bestandsaufnahme, Analysen Bau.Stadt.Raum Band 10, Bonn.

Beetz, Stephan (2008): Peripherisierung als räumliche Organisation sozialer Ungleichheit. In: Barlösius, Eva; Neu, Claudia (Hrsg.): Peripherisierung – eine neue Form sozialer Ungleichheit? Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften. Materialien Nr. 21. S. 7-16.

Beißwenger, Sabine; Sommer, Hanna (2012): Rahmenbedingungen und Probleme der Peripherisierung in Mittelstädten – Einordnung der Fallstudienstädte. In: Liebmann, Heike; Bernt, Matthias (Hrsg.): Peripherisierung, Stigmatisierung, Abhängigkeit? Deutsche Mittelstädte und ihr Umgang mit Peripherisierungsprozessen. Wiesbaden.

Benz, Arthur (2004): Multilevel Governance – Governance in Mehrebenensystemen, in: Benz, Arthur (Hrsg.): Governance – Regieren in komplexen Regelsystemen. Wiesbaden. S. 125-146.

Benz, Arthur; Fürst, Dietrich (2003): Region – Regional Governance – Regionalentwicklung. In: Adamschek, Bernd; Pröhl, Marga (Hrsg.): Regionen erfolgreich steuern. Regional Governance – von der kommunalen zur regionalen Strategie. Gütersloh. S. 11-66.

Bernt, Matthias; Liebmann, Heike (Hrsg. 2013): Peripherisierung, Stigmatisierung, Abhängigkeit? Deutsche Mittelstädte und ihr Umgang mit Peripherisierungsprozessen. Wiesbaden.

BMVBS (Hrsg. 2010): Sicherung der Daseinsvorsorge und Zentrale-Orte-Konzepte. gesellschaftspolitische Ziele und räumliche Organisation in der Diskussion. BMVBS-Online-Publikation. Nr. 12/2010.

Blotevogel, Hans H. (1995): Zentrale Orte. In: Handwörterbuch zur Raumordnung. Hannover. S. 1117-1124.

Blotevogel, Hans H. (2002): Zum Verhältnis der regionalökonomischen Zentrale-Orte-Theorie zum Zentrale-Orte-Konzept der Raumordnung. In: Blotevogel, Hans H. (Hrsg.): Fortentwicklung des Zentrale-Orte-Konzepts. Hannover. Akademie für Raumforschung und Landesplanung. S. 17-23. (= Forsch.- u. Sitzungsberichte 217. S. 10-16.)

Blotevogel, Hans H. (2005): Metropolregionen. In: Handwörterbuch zur Raumordnung. Hannover. S. 642-647.

von Böventer, Edwin (1979): Standortentscheidung und Raumstruktur. Hannover.

Boudeville, Jacques Raoul (1966): Problems of regional economic planning. Edinburgh U.P.. Edinburgh.

Christaller, Walter (1933): Die zentralen Orte in Süddeutschland. Darmstadt (Neuaufgabe 1968).

Copus, Andrew K. (2001): From Core-Periphery to Polycentric Development: Concepts of Spatial and Aspatial Peripherality. In: European Planning Studies 9(4). S. 539-552.

Dehne, Peter et al. (2008): Politik für periphere, ländliche Räume: Für eine eigenständige und selbstverantwortliche Regionalentwicklung. ARL Positionspapier Nr. 77. Hannover.

Dehne, Peter; Kaether, Johann (2007): Strategien der Landes- und Regionalplanung zur Bewältigung des demographischen Wandels, BMVBS/BBR (Hrsg.): Werkstatt: Praxis Heft 49. Bonn.

Dybe, Georg (2003): Regionaler wirtschaftlicher Wandel. Die Sicht der evolutischen Ökonomie und der „Neuen Wachstumstheorie“. Münster. Hamburg. London.

Ferchland, Rainer (Hrsg. 2007): Sozialberichte: Was sie benennen und was sie verschweigen. Berlin.

Friedmann, John (1973): A Theory of Polarized Development. In: Friedmann, John (Hrsg.): Urbanization, Planning, and National Development. Beverly Hills. London. S. 41-67.

Gawron, Thomas (2008): Zentrale Orte und Schrumpfung, UFZ-Bericht 02/2008. Leipzig.

Greiving, Stefan; Blotevogel, Hans H.; Pietschmann, Holger; Winkel, Rainer (2008): Kooperation zentraler Orte in schrumpfenden Regionen. In: BMVBS/BBR (Hrsg.): Werkstatt: Praxis Heft 53. Bonn.

Hahne, Ulf (2005): Zur Neuinterpretation des Ziels der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse. In: Raumforschung und Raumordnung 63 (2005) 4. S. 257-265.

Heintel, Martin (1998): Einmal Peripherie – immer Peripherie? Szenarien regionaler Entwicklung anhand ausgewählter Fallbeispiele. Abhandlungen zur Geographie und Regionalforschung. Band 5. Wien.

Heinz, Werner (Hrsg. 2000): Stadt & Region – Kooperation oder Koordination? Ein internationaler Vergleich. Stuttgart. Berlin. Köln.

Herfert, Günter; Osterhage, Frank (2012): Wohnen in der Stadt: Gibt es eine Trendwende zur Reurbanisierung? Ein quantitativ-analytischer Ansatz. In: Brake, Klaus; Herfert, Günther (Hrsg.): Reurbanisierung – zwischen Materialität und Diskurs in Deutschland. Wiesbaden. S. 86-112.

Herschel, Tassilo (2011): Regional Development, Peripheralisation and Marginalisation - and the Role of Governance. In: Herschel, Tassilo; Tallberg, Pontus (Hrsg.): The Role of Regions? Networks, Scale, Territory. Kristianstad. S. 85-102.

Herschel, Tassilo; Newman, Peter (2003): Die Governance europäischer Stadtregionen. In: Informationen zur Raumentwicklung. Heft 8/9 2003. S. 543-555.

Hirschman, Alfred O. (1958): The Strategy of Economic Development. New Haven.

Karsten, Martin; Hesse, Klaus-Martin (2011): Städtebauförderung in Klein- und Mittelstädten in ländlichen, dünn besiedelten Räumen. Studie im Auftrag des BMVBS und BBSR. Oldenburg.

Keim, Karl-Dieter (2006): Peripherisierung ländlicher Räume. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. 37/2006. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament. S. 3-7.

Keim, Karl-Dieter (2007): Regionalpolitische Antworten auf die Peripherisierung ländlicher Räume. In: Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften (Hrsg.): Berichte und Abhandlungen. Band 13. S. 35-42.

Kersting, Norbert (2006): Interkommunale Kooperation oder Wettbewerb? In: Aus Politik und Zeitgeschichte 21-22/2006. Bonn. S. 32-38.

Kilper, Heiderose (Hrsg. 2010): Governance und Raum. Baden-Baden.

Kooiman, Jan (2003): Governing as Governance. London.

Kreckel, Reinhard (2004): Politische Soziologie der sozialen Ungleichheit. Frankfurt am Main. New York.

Krugman Paul (1991): Geography and Trade. Cambridge.

Kujath, Hans-Joachim; Stein, Axel (2009): Rekonfiguration des Raumes in der Wissensgesellschaft. In: Raumforschung und Raumordnung 67. 5/6. S. 369-382.

Kulke, Elmar (2004) Wirtschaftsgeographie. Paderborn. München. Wien.

Küpper, Patrick (2011): Regionale Reaktionen auf den demographischen Wandel in dünn besiedelten, peripheren Räumen. IÖR-Schriften Nr. 53. Dresden.

Kühn, Manfred; Sommer Hanna (Hrsg. 2012): Peripherisierung – Peripheralization, Themenheft der Fachzeitschrift disP. Nr. 189, 48. Jg., 2/2012, Zürich.

- Kühn, Manfred; Weck, Sabine (2013): Peripherisierung – ein Erklärungsansatz zur Entstehung von Peripherien. In: Liebmann, Heike; Bernt, Matthias (Hrsg. 2013): Peripherisierung, Stigmatisierung, Abhängigkeit? Deutsche Mittelstädte und ihr Umgang mit Peripherisierungsprozessen. Wiesbaden. S. 24-46.
- Lasuén, J.R. (1973): Urbanisation and Development. The Temporal Interaction Between Geographical and Sectoral Clusters. In: Urban Studies. Jg. 10. S. 163-188.
- Lösch, August (1944): Die räumliche Ordnung der Wirtschaft. Jena.
- Myrdal, Gunnar (1957): Economic Theory and Underdeveloped Regions. London.
- Nitz, Hans Jürgen (1997): Der Beitrag der historischen Geographie zur Erforschung von Peripherien. In: Nolte, Hans Heinrich (Hrsg.): Europäische Innere Peripherien im 20. Jahrhundert. Stuttgart. S. 17-36.
- Nolte, Hans Heinrich (Hg. 2001): Innere Peripherien in Ost und West. Historische Mitteilungen. Beiheft 42. Stuttgart.
- Perroux, F. (1964): L'Économie du XXéme Siècle. 2. Auflage. Paris.
- Peters, B. Guy; Pierre, Jon (2001): Developments in Intergovernmental Relations: Towards Multi-Level Governance. In: Policy & Politics. Vol. 29. No. 2. S. 131-135.
- Rhodes, Rod A.W. (1997): Understanding Governance. Policy Networks, Governance, Reflexivity and Accountability. Buckingham.
- Sarcinelli, Ulrich; Stopper, Jochen (2006): Demographischer Wandel und Kommunalpolitik. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 21-22/2006. Bonn. S. 3-10.
- Schätzl, Ludwig (1992): Wirtschaftsgeographie 1. Theorie. Paderborn. München. Wien.
- Stein, Axel; Kujath, Hans-Joachim (2012): Peripherisierte Städte im Wettbewerb der Wissensgesellschaft. In: Liebmann, Heike; Bernt, Matthias (Hrsg.): Peripherisierung, Stigmatisierung, Abhängigkeit? Deutsche Mittelstädte und ihr Umgang mit Peripherisierungsprozessen. Wiesbaden. S. 148-177.
- Troeger-Weiß, Gaby; Domhardt, Hans-Jörg et al. (2008): Erfolgsbedingungen von Wachstumsmotoren außerhalb der Metropolen. In: BMBVS/ BBR (Hrsg.). Bonn. = Werkstatt: Praxis. Heft 56.
- Vogt, Matthias Theodor (2009): Ubi Leones / Wo nichts als Löwen hausen. Zum Begriff und Problem der Peripherizität. In: Vogt, Matthias Theodor et al. (Hrsg.): Peripherie in der Mitte Europas. Schriften des Collegium Pontes. Frankfurt am Main. S. 9-45.
- Vonderach, Gerd (2006): Perspektiven regionaler Peripherisierung. In: Bohler, Karl Friedrich; Oesterdiekhoff, Georg W.; Vonderach, Gerd (Hrsg.): Sozialwissenschaftliches Journal. Nr. 2. Aachen. S. 9-35.